



Antwort
der Landesregierung
auf die
Große Anfrage
der Fraktion der SPD

Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein

Drucksache 15/278

Federführend ist der Innenminister.

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Der punktuelle Wahlerfolg, den Rechtsextremisten bei ihrer Kandidatur für den schleswig-holsteinischen Landtag 1992 erzielt haben, hat sich bei keiner späteren Wahl in Schleswig-Holstein wiederholt, allerdings bei mehreren Landtagswahlen in anderen Bundesländern. Dennoch machen das Auftreten militanter Neonazis im Hamburger Randgebiet, die Einrichtung eines rechtsextremen Zentrums in Neumünster und taktische Neuorientierungen des rechtsextremen Spektrums es erforderlich, eine Große Anfrage an die Landesregierung zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein zu richten, die an die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD vom 06.12.1989 (Drucksache 12/608) und gegebenenfalls an den letzten umfassenden Bericht der Landesregierung zu dieser Thematik vom 30.09.1994 (Drs. 13/2197) sowie an die periodische Berichterstattung durch das Landesamt für Verfassungsschutz (zuletzt Drs. 15/108) anschließt. Wir bitten, bei der Beantwortung da, wo es sachlich geboten ist, eine vergleichende Perspektive zu den anderen Bundesländern einzubeziehen.

1. Nachwirkungen der NS-Zeit

1.1 Welche neuen Erkenntnisse hat die Landesregierung hinsichtlich der historischen Wurzeln des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein?

Die Landesregierung hat keine neue Erkenntnisse hinsichtlich der historischen Wurzeln des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Generell liegen diese Wurzeln bekanntlich in Entwicklungen bürgerlicher Denkstrukturen des 19. Jahrhunderts, die in massiver Weise auch in Schleswig-Holstein Platz griffen. Wie im ganzen Reich wurden sie auch in Schleswig-Holstein durch die Nationalsozialisten neu zusammengefügt und für ihre Ziele genutzt.

Ob und inwieweit heutige Skinheads sich in einer kontinuierlichen Tradition befinden oder nur jeweils neu erfahrene Ängste auf bekannte Weise kanalisieren und in mehr oder weniger in einen historischen Kontext stellen, ist umstritten. Es kann nur gemutmaßt werden, dass rechtsextreme Jugendliche stark mehrheitlich lediglich einen künstlichen und sehr dünnen Bogen zur NS-Geschichte und der Tradition völkischer, antisemitischer und rechtsextremer Bewegungen bilden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass diese Brückenbildung und „historische Verankerung“ des eigenen Handelns in den letzten Jahren offenbar zunimmt. Das äußert sich zum Beispiel in der Koalitionsbildung mit der in einschlägiger Tradition stehenden „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Dies sind hinreichend bekannte Phänomene, die in der breiten wissenschaftlichen Literatur über den deutschen Rechtsextremismus genau geschildert werden.

Ein Anlass, nach neuen Erkenntnissen hinsichtlich dieser historischen Wurzeln zu suchen, ist nicht zu sehen. Wenn allerdings die historischen Wurzeln in Nachwirkungen der NS-Zeit vermutet werden, ist die Frage wohl eher im Hinblick auf Kontinui-

täten über 1945 hinaus zu verstehen. Es ist fraglich, ob tatsächlich ein Bezug zwischen 16-jährigen Skins und den unbestreitbaren Versäumnissen und Problemen Schleswig-Holsteins im Kontext der Vergangenheitsbewältigung in den Fünfziger- und Sechzigerjahren besteht. Die bisherigen Kenntnisse der jüngsten Geschichte Schleswig-Holsteins lassen eher in den Siebzigerjahren einen Kontinuitätsbruch vermuten.

Die Integration zahlreicher Repräsentanten von NS-Staat und -Gesellschaft im Schleswig-Holstein der Fünfzigerjahre und die damit einher gehenden Skandale lassen sich zwar in einen Zusammenhang zum kurzfristigen bundesweiten Erfolg der NPD Ende der 60er Jahre stellen. Aufgrund der perfekten Integration, mit der die vollständige Leugnung ehemaligen Denkens und der Austausch des ideologischen Rahmens (Übernahme des westlichen Werte- und Demokratiemodells) einherging, war in den Sechzigerjahren nach dem zeithistorischen Kenntnisstand der Boden für ein erneutes Aufkeimen des Nationalsozialismus an sich entzogen.

Der Rechtsextremismus bei jungen Leuten scheint sich weit stärker aus aktuellen Erfahrungen und Wahrnehmungen, denn aus historischen Kontinuitäten neu aufgebaut zu haben. Das zeigt sich vor allem an dem seit 20 Jahren stabilen rechtsextremen Zentralthema „Ausländerfeindlichkeit“.

1.2 Welche wissenschaftlichen Arbeiten und Projekte zur Erforschung dieses Bereiches wurden seit 1990 durchgeführt? Wie bewertet die Landesregierung die gewonnenen Ergebnisse? Sieht sie Lücken in der Aufarbeitung der regionalen Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Auswirkungen?

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat die Aufklärungsarbeit über die Zeit des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein vorangetrieben. So wurde beispielsweise 1992 das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) als wissenschaftliche Einrichtung geschaffen und der Universität Flensburg angegliedert. Das IZRG verdankt seine - vom Landtag getragene - Gründung den seit 1985 in Politik und Öffentlichkeit geführten, zum Teil konfliktreichen Debatten über Versäumnisse in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und ist daher ein Arbeitsschwerpunkt des IZRG. Mit zahlreichen Vorträgen, Veranstaltungen, kleineren Publikationen hat das IZRG seine Öffentlichkeitsarbeit begonnen. Es führt wissenschaftliche Konferenzen durch und hat Buchpublikationen vorgelegt, so z.B. ein „Sozial- und kulturgeschichtliches Lesebuch 1848 - 1948“ zum Landesjubiläum und einen Sammelband über die

NS-Sondergerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein. Das IZRG hat zudem das von der Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten „Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein“ fertig gestellt. Es ist über das Internet abrufbar (www.izrg.de) und stellt einen hervorragenden Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeitenden in Schleswig-Holstein dar.

Der Landesregierung sind folgende Arbeiten bekannt:

Im Rahmen des Arbeitsschwerpunktes „Entnazifizierung in Schleswig-Holstein“ sind im Institut für Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) mehrere kleine Vorhaben zum Aspekt der Vergangenheitsbewältigung eingeleitet worden, die zum Teil bereits in Publikationen ihren Abschluss fanden:

- Ein Dissertationsvorhaben zum Thema „Wiedergutmachung in Schleswig-Holstein“ ist abgeschlossen und wird im Jahre 2001 publiziert; (Heiko Scharffenberg, Kein Ruhmesblatt. Wiedergutmachung in Schleswig-Holstein, in: Demokratische Geschichte 11, Malente 1998, S. 177 - 189).
- In Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv ist ein großes Aktenerschließungsprojekt zum Thema „Wiedergutmachung vor Gericht“ durchgeführt worden (Uwe Danker, „Wiedergutmachung vor Gericht in Schleswig-Holstein“, Gutachten- und Aktenerschließungsprojekt, IZRG-Heft Nr. 4, 1997; Ders., NS-Opfer und -Täter - Versorgung mit zweierlei Maß. Lina Heydrich und Dr. Norbert L. mit Rentenangelegenheiten vor Gericht, in: Demokratische Geschichte, Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein X (1996), S. 277 - 306).
- Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv findet seit Jahren die Erschließung der ca. 400.000 überlieferten Akten zur Entnazifizierung statt. Ein Dissertationsvorhaben hat begonnen, mehrere kleine Aufsätze aus diesem Kontext sind publiziert (Uwe Danker, Vergangenheitsbewältigung im frühen Land Schleswig-Holstein, in: Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein (Hrsg.), Labskaus 10: Die Anfangsjahre des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 1998, S. 26 - 43; Ders., Internieren, Entnazifizieren und Umerziehen. Erste Vergangenheitsbewältigung nach 1945 in „Geschichtsumschlungen“, Bonn 1996 S. 286 - 292; Ders., Der Gescheiterte Versuch, die Legende der „sauberen“ Zivilverwaltung zu entzaubern. Staatsanwaltschaftliche Komplexermittlungen zum Holocaust im „Reichskommissariat Ostland“ bis 1971, in: Die deutsche Herrschaft in den

"germanischen" Ländern 1940 - 45, Robert Bohn (Hrsg.), Stuttgart 1997, S. 159 - 186; Ders., Unrecht endlich Unrecht nennen. Von den juristischen Schwierigkeiten, Unrechtsurteile der NS-Justiz aufzuheben, in: 50 Jahre Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht in Schleswig. Aufsätze und Erinnerungen, hg. von der Schleswiger Gesellschaft Justiz und Kultur e. V., Schleswig 1998, S. 208 - 225).

- Auch im Zusammenhang mit anderen Themen, die im IZRG bearbeitet werden, findet der Aspekt der Nachwirkungen der NS-Zeit regelmäßig Beachtung: Als Beispiel genannt seien die Betrachtung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in Sachen NS-Euthanasie in den Vierziger- und Sechzigerjahren sowie kleinere Betrachtungen zur Geschichte der Minderheiten südlich und nördlich der Grenze (Uwe Danker, Verantwortung, Schuld und Sühne - oder: „... habe ich das Verfahren eingestellt“. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen in Sachen Euthanasie, in: Uwe Danker u. v. a., Der Hesterberg. 125 Jahre Kinder- und Jugendpsychiatrie und Heilpädagogik in Schleswig. Katalog zur Ausstellung, Veröffentlichung des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs Nr. 56, Schleswig 1997, S. 75 - 94; Ders., Südschleswig 1945 - 1955. Vom letzten Kampf um Südschleswig zum dauernden Grenzfrieden. in: Labskaus Nummer 7, Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein, 1997).
- Paul, Gerhard: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung: Die Gestapo in Schleswig-Holstein. IZRG-Schriftenreihe 1, Hamburg 1996
- Menora und Hakenkreuz: Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918 - 1998). Hrsg.: Paul, Gerhard; Gillis-Carlebach, Miriam. Neumünster 1998
- Standgericht der inneren Front: Das Sondergericht Altona/Kiel 1932 - 1945, Hrsg.: Bohn, Robert; Danker, Uwe. IZRG-Schriftenreihe 3, Hamburg 1998
- Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im norddeutschen Exil 1933 bis 1950. IZRG-Schriftenreihe 2, Hamburg 1998
- Danker, Uwe: Jahrhundert-Story (3 Bde.) [mit starken Schwerpunkten auf NS- und NS-Nachgeschichte], Flensburg 1998, (Bd. 1), 1999 (Bde. 2 und 3)
- Nationalsozialistische Herrschaftsorganisationen in Schleswig-Holstein. Hrsg. Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein, Reihe: Gegenwartsfragen ; 79, Kiel 1996

- Uwe Danker: Wissenschaftliche Biographie des NSDAP-Gauleiters und Oberpräsidenten Hinrich Lohse (siehe: Danker, Uwe: Oberpräsidium und NSDAP-Gauleitung in Personalunion: Hinrich Lohse, in: Landeszentrale für Politische Bildung, (Hrsg.), Nationalsozialistische Herrschaftsorganisationen in Schleswig-Holstein, Gegenwartsfragen 79, Kiel 1996, S. 23 - 44; Ders., Die drei Leben des Hinrich Lohse, in: Demokratische Geschichte 11, Malente 1998, S. 105 - 114)
- Sebastian Lehmann, Kollektivbiographie der schleswig-holsteinischen NSDAP-Kreisleiter

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Flensburg haben sich in den letzten Jahren in zahlreichen Publikationen mit einem Wiederaufleben des Rechtsextremismus befasst, zum Beispiel:

- Gerhard Paul: Die „Republikaner“. Profile einer neuen Partei, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 40 (1989) 9, S. 537 - 548
- Ders. (Hrsg.): Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Bonn 1989, 1990 (2. Aufl.).
- Ders.: Der Schatten Hitlers verblasst. Die Normalisierung in den 80er Jahren, ebd., S. 11 - 48.
- Ders.: Republik und „Republikaner“. Vergangenheit, die nicht vergehen will, ebd., S. 134 - 163.
- Ders./Bernhard Schoßig/Sabine Stroinski (Hrsg.): Nach der Vereinigung: Rechtsextremismus im Aufwind? Gautinger Protokolle 25 (1991)
- Gerhard Paul: Zwischen Rosenheim und Rostock. Zur neuen Qualität des Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 43 (1992) 9, S. 550 - 560
- Ders.: „Volk in der Krise“. Rechtsextreme Ideologiemuster und ihre Resonanz in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Entstehung von Fremdenfeindlichkeit. Die Verantwortlichkeit von Politik und Medien, Bonn 1993, S. 35 - 50.
- Ders.: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Gewalt unter Jugendlichen, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Analysen und Konsequenzen für die pädagogische Arbeit, Erfurt 1995, S. 33 - 46.

Zu Lücken in der Erforschung der regionalen Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus hat sich das IZRG mehrfach geäußert (Uwe Danker, Stand der historischen Forschung zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Forschungsüberblick, in: Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte, 27, 7.1995, S. 55 - 67).

Im Kern ist festzuhalten, dass Vorgeschichte und Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein breit und hinreichend erforscht sind. Desiderata sind vor allem zu verzeichnen für die eigentliche Herrschaftsphase des Nationalsozialismus (Bewegung, Staat und Gesellschaft) und zu dessen Nachgeschichte. Es ist davon auszugehen, dass in wenigen Jahren dieses Desiderat durch weitere Studien weitgehend beseitigt sein kann. Das Arbeitsprogramm des IZRG ist entsprechend aufgebaut und wird derzeit fortgeschrieben.

2. Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein heute

2.1 Welche Begriffsdefinition legt die Landesregierung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu Grunde?

Das Landesverfassungsschutzgesetz bestimmt in Übereinstimmung mit den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der übrigen Länder inhaltlich den Rahmen dessen, was im allgemeinen Sprachgebrauch als Extremismus bezeichnet wird. Das Gesetz (§ 6) spricht von „Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind“, und versteht darunter solche Bestrebungen, „die auf die Beseitigung oder Außerkraftsetzung wesentlicher Verfassungsgrundsätze abzielen“. Hierzu gehören

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf die Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte,
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Der Rechtsextremismus lehnt das der freiheitlichen parlamentarischen Verfassungsordnung zugrunde liegende Prinzip der fundamentalen Freiheit und Gleichheit der Menschen ab. An die Stelle eines auf das Prinzip gleicher politischer Rechte aller Mitglieder gegründeten Gemeinwesens soll eine politische Ordnung treten, in der die auf Herkunft, Leistung, nationaler, ethnischer oder rassischer Zugehörigkeit basierende fundamentale Ungleichheit der Menschen festgeschrieben ist (Backes/Jesse).

Folgende Merkmale können als für die Ideologie des Rechtsextremismus wesentlich angesehen werden:

- die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse und der Nutzen für die Gemeinschaft sollen den Wert des Menschen ausmachen,
- der Staat und ein ethnisch homogenes Volk verschmelzen im Sinne einer angeblich vorgegebenen natürlichen Ordnung zu einer einheitlichen „Volksgemeinschaft“,
- darin sollen die staatlichen Führer intuitiv nach dem einheitlichen Willen des Volkes handeln.

Diese Ideologie ist im Spektrum des Rechtsextremismus in unterschiedlichen Ausprägungen vorzufinden. Häufig, vor allem in rechtsextremen Subkulturen, ist nicht eine geschlossene politische Theorie bestimmend für das Handeln, sondern bestimmend sind ihr entsprechende rechtsextreme Orientierungen. Zu diesen gehören vor allem

- die Ablehnung und Ausgrenzung von Fremden und von denjenigen, die sich für die Interessen und Rechte ausländischer Mitbürger einsetzen,
- ein aggressiver antiparlamentarischer Nationalismus, der gerechtfertigt wird mit diffusen Gefühlen eigener Benachteiligung und allgemeiner Ungerechtigkeit und der sich gegen die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik richtet,
- die Rechtfertigung des Einsatzes körperlicher oder einschüchternder psychischer Gewalt als „Recht des Stärkeren“ in einem Alltag, der als politische Kampfzone und nicht als bürgerschaftliches Miteinander empfunden wird.

2.2 Hat es in den letzten zehn Jahren erkennbare Veränderungen im rechtsextremen Spektrum in seiner sozialen Zusammensetzung, nach Altersgruppen, Geschlecht, Bildungsgrad, religiöser oder organisatorischer Bindung usw. gegeben? Welche Faktoren und Bedingungen begünstigen bzw. erschweren nach Ansicht der Landesregierung heute in diesen Statusgruppen die Übernahme rechtsextremen oder ausländerfeindlichen Denkens, ein entsprechendes Wahlverhalten oder die Betätigung in rechtsextremen oder ausländerfeindlichen Zusammenhängen?

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse zu derartigen Veränderungen in den letzten zehn Jahren vor.

Auch aus dem Aufkommen an Straftaten lässt sich dazu nichts ableiten. In der Anlage befinden sich Tabellen, aus denen sich Einzelheiten über

- die Altersstruktur der Tatverdächtigen zu rechtsextremistischen Straftaten (Anlage 1) und
- die Alters- und Berufsstruktur der Tatverdächtigen zu fremdenfeindlichen Straftaten (Anlage 2)

jeweils für die Jahre 1990 bis 1999 und 1992 bis 1999 ablesen lassen.

Die Daten geben keine Hinweise auf wesentliche Strukturveränderungen.

Während insgesamt von einer Unterrepräsentation der weiblichen Tatverdächtigen gesprochen werden kann, beobachtet die Polizei im westlichen Schleswig-Holstein auch eine Neigung junger Frauen zum Rechtsradikalismus.

Auffällig ist, dass konstant die Hälfte bis Zweidrittel der erkannten Straftäter zu der Altersgruppe der 13- bis 20-Jährigen gehören.

Die individuellen oder sozialen Bedingungen, die die Übernahme rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen Gedankengutes bei jungen Menschen begünstigen, sind: ein niedriger Bildungsgrad, ein gewaltaffines, gewaltbefürwortendes Männlichkeitsideal, der Einfluss patriarchaler, militanter Leitbilder, eine fehlende soziale Einbindung und gesellschaftliche Integration, Existenz- und Zukunftsängste (Ausländer werden als Konkurrenz um Ausbildungs- oder Arbeitsplätze erlebt und schmälern eigene Zukunftschancen). Begünstigende Faktoren sind in diesem Zusammenhang die Werbung in bzw. die Verführung durch entsprechende Beiträge in den neuen Medien, die sich insbesondere einer modernen Ansprache durch Musik, kurzer reißerisch-aggressiver Texte und attraktiver Spiele bedienen und mit Zugehörigkeit und erlebnisbetonten Aktionen locken (s. dazu auch 2.3).

Stöss weist darauf hin, dass rechtsextremistische Gewalt nicht synchron mit dem Auf und Ab von Wählerbewegungen und Organisationsmitgliedschaften verlaufe. Beim Vergleich der Konjunkturen von Organisationsgrad, Wählerzulauf und Gesetzesverletzungen entstehe der Eindruck, als entfalteteten sich letztere gerade dann, wenn Parteien und sonstige Organisationen besonders erfolglos sind. Tatsächlich bestehe

aber kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen beiden Entwicklungslinien (S. 138 ff.).

Was insgesamt die Übernahme rechtsextremer Denkmuster und Verhaltensweisen sowie ein entsprechendes Wahlverhalten angeht, kommt Falter in seiner eingehenden Studie „Wer wählt rechts?“ zu folgenden Aussagen:

- Extremistische Parteien werden zunächst mehr von Männern als von Frauen gewählt. Erst wenn sie durch größere Wahlerfolge gewissermaßen hoffähig geworden sind, ziehen diese Parteien eine in etwa ausgeglichene Zahl von Männer- und Frauenstimmen an (vgl. auch Stöss, S. 124).

Rechtsextremistisch orientierte Parteien sind bei jungen Wählern etwas erfolgreicher als bei älteren Wählern, in den neuen Bundesländern besteht ein klarer Zusammenhang zwischen einer Wahlentscheidung für eine rechtsextremistische Partei und jungen Altersgruppen. Dieser Trend hat sich seit dem Erscheinen der Studie offenbar nicht wesentlich verändert, vgl. Stöss, S. 125.

Die zur Landtagswahl am 27.02.2000 nach § 54 a Abs. 2 Buchst. b des Landtagswahlgesetzes auf repräsentativer Grundlage durchgeführte Statistik über die Wählerinnen und Wähler nach Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge hatte hinsichtlich der an der Landtagswahl beteiligten NPD (Zweitstimmenanteil 1,0 %) folgende Ergebnisse:

**Gültige Zweitstimmenanteile der NPD (in Prozent)
nach Geschlecht und Altersgruppen:**

	Altersgruppe					
	18 bis 24 Jahre	25 bis 34 Jahre	35 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	60 Jahre und älter	zusammen
Männer	5,0	2,5	1,2	1,1	1,5	1,7
Frauen	1,4	0,6	0,4	0,5	0,5	0,5
insgesamt	3,4	1,6	0,8	0,8	0,9	1,0

- Die größten Wahlerfolge erzielen diese Parteien in industriell geprägten Wohnquartieren, also in traditionellen Arbeiterquartieren. Die zunehmende Produktionsverlagerung ins Ausland, der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungse-

sellschaft, die Folgen der weltweiten Armutswanderung sowie der fortschreitende Zerfall gemeinschaftlicher Bindungen treffen am stärksten die strukturell auf der Verliererseite dieser Modernisierungsprozesse stehenden Angehörigen der gesellschaftlichen Unterschicht. Als Antwort auf ihre sich in den letzten Jahren objektiv verschlechternde soziale Lage scheinen sie immer häufiger zu politischem Ausstieg (und damit zur Wahlenthaltung) oder zu Bestrafungsverhalten (und damit zur Wahl von Antisystemparteien) zu neigen. (Die Landtagswahl 2000 in Schleswig-Holstein scheint diesen Trend zu belegen. Die NPD erzielte die höchsten Stimmenanteile - bei insgesamt gesunkener Wahlbeteiligung - im Umfeld industriell bestimmter Wahlkreise, so zum Beispiel dem Hamburger Umland, in Lübeck, Neumünster, Kiel.)

Modernisierungsgeschädigte gibt es im Prinzip in allen Gesellschaftsschichten. Hauptsächlich zu finden sind sie jedoch bei Personen mit zumeist minderer Qualifikation und niedrigem Einkommen, die sich in einer ungesicherten wirtschaftlichen Position mit ungewisser Zukunft befinden. (Stöss, der die Entwicklung bis 1999 zusammenfasst, spricht insoweit von einer fortschreitenden „Proletarisierung“ des rechtsextremistischen Wählerpotenzials, S. 126.).

- Die konfessionelle Bindung hat eine immer geringere Bedeutung. Der von früher her bekannte resistenzsteigernde Einfluss der bloßen Mitgliedschaft in der katholischen Kirche ist kaum noch zu verzeichnen.
- Während Falter noch konstatiert, dass Gewerkschaften auf ihre Mitglieder noch eine gegenüber den rechtsextremistischen Parteien immunisierende Wirkung ausüben, kommen neuere Untersuchungen zum Ergebnis, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft keine Barriere für die Wahl einer rechtsextremen Partei darstelle. Außerdem finde unter gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen insbesondere in den industriellen Kernsektoren die ausgrenzende nationale Orientierung größere Zustimmung als in der nichtorganisierten Vergleichsgruppe (Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB, Berlin, Mai 2000).
- Die Anhänger der rechtsextremen Parteien (also diejenigen, die sich längerfristig mit deren Zielen identifizieren) sind deutlich jünger als die Wahlberechtigten insgesamt. Nur etwa 10 % der Anhänger der rechtsextremistischen Parteien weisen einen Gymnasial- oder Oberschulabschluss auf (in der allgemeinen Wahlbevölkerung sind es 25 bis 30 %). Personen mit niedrigem Bildungsabschluss im Westen

und mittlerem Bildungsabschluss im Osten sind unter den Anhängern weit überrepräsentiert.

- Politischer Protest und unpolitische Entfremdung (in sozialer Hinsicht), das Gefühl sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung, die Ablehnung von Ausländern und die Existenz nationalistischer Rechtsorientierungen tragen, zum Teil sogar recht deutlich, zur Wahl rechtsextremer Parteien bei. Doch erst ihre Überlagerung steigert die Wahrscheinlichkeit der Wahl von rechtsextremistischen Parteien dramatisch. Falter kommt zum Ergebnis, dass beide Faktoren zusammen kommen müssen: eine politische Protesthaltung und rechtsradikale Einstellungen, um die Wählerzustimmung zu rechtsextremen Parteien erklären zu können. Stöss bestätigt diese Einschätzung: Die Wahlbereitschaft zugunsten rechtsextremistischer Parteien wächst mit der Unzufriedenheit mit der Demokratie. Aber rechtsextreme Parteien können nur einen bescheidenen Anteil der extremen Rechten mobilisieren. Das Denkwort-Motiv ist bei den Wählern der rechtsextremistischen Parteien sehr stark verbreitet (Stöss, S. 126 ff.).

Die in Schleswig-Holstein gesammelten Erfahrungen und gewonnenen Erkenntnisse, insbesondere auch die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, stehen mit diesen Aussagen im Einklang.

2.3 Wie beurteilt die Landesregierung das rechtsextreme und ausländerfeindliche Gewaltpotential in Schleswig-Holstein, besonders gegenüber politischen Gegnern?

Wie die rechte Gewaltszene in der Bundesrepublik allgemein, ist auch die Szene in Schleswig-Holstein von folgenden Kennzeichen geprägt:

- Der weit überwiegende Teil der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten wird von Jugendlichen und Heranwachsenden begangen (s. Anlagen 1 und 2; für Deutschland insgesamt kommt Stöss (S. 143) bei den Gewalttaten auf einen Anteil von über 75 %);
- das Problem ist fast ausschließlich ein Problem der Jungen und jungen Männer.

Damit ist die rechtsextremistische Gewalt zu einem großen Teil zugleich Teil der allgemeinen Jugendkriminalität. Für deren Entwicklung ist bedeutsam, was das kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen in einer Studie für die europäische Uni-

on 1997 erarbeitet hat (Pfeiffer, Jugendgewalt in europäischen Ländern). Danach hat sich in zehn europäischen Ländern seit Mitte der Achtzigerjahre die Jugendgewalt stark erhöht. Der Anstieg geht auf das Konto der männlichen Jugendlichen. Die höchsten Zuwachsraten gibt es dort, wo Jugendarmut und soziale Ausgrenzung junger Menschen besonders deutlich zugenommen haben; aus sozialen Randlagen erwachsen häufig Erziehungsdefizite und spezifische Sozialisationsprobleme. Es bilden sich zunehmend voneinander abgegrenzte Randgruppen der Gesellschaft, die sich ausgeschlossen fühlen und miteinander um die knappen Ressourcen von Arbeit, Wohnung und staatlicher Unterstützung konkurrieren und sich teilweise auch aggressiv bekämpfen. Von anderen Wissenschaftlern wird in diesem Zusammenhang auch von der „Ethnisierung“ sozialer Probleme gesprochen. Offensichtlich sind das Voraussetzungen, die für rechtsextreme Orientierungen den Nährboden bilden. Stöss verweist darauf, dass es sich bei den rechtsextremen Gewalttätern zumeist um sehr junge, männliche Angehörige der Unterschicht handele (S. 143). Leggewie spricht von Zügen einer quasi-sozialen Bewegung proletarischer Jugendlicher, zu der allerdings soziale Aufsteiger aus mittelständischem Milieu, gerade auch aus kleinstädtischen oder stadtnahen Dorfgebieten stoßen. Heitmeyer konstatiert: Je instabiler der soziale Status, also je größer die Desintegrationsgefahr, desto stärker ist die rechtsextremistisch orientierte gewaltfixierte Gruppenkonformität. Willems spricht von einer heterogenen Gruppenorientierung, die sich nicht pauschal als rassistisch oder rechtsradikal etikettieren ließe; neben politischen Motiven spielten auch expressive Gewaltmotive und Action-Orientierungen sowie Motive des Protestes gegen „unlautere Konkurrenz“ und „ungerechtfertigte Bereicherung“ durch Ausländer eine wichtige Rolle. Der vom Deutschen Jugendinstitut entwickelte „Jugendsurvey“, der im Herbst 1997 zum zweiten Mal durchgeführt wurde, kommt zum Ergebnis, dass sich fremdenfeindliche Einstellungen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Konflikte und sozialer Verwerfungen herausbildeten.

Die Shell-Jugendstudie 2000 stellt vor allem den Zusammenhang zum Bildungsniveau heraus. „Je belasteter (den Jugendlichen) ihre Zukunft erscheint, desto mehr lehnen sie den Politikbetrieb ab... Gut vorbereitet auf künftige Entwicklungen fühlen sich diejenigen, die über gute Voraussetzungen (Bildung, Unterstützung durch die Eltern, klare Lebensplanung und Persönlichkeitsressourcen wie Selbstvertrauen) verfügen. Jugendliche mit eher niedrigem Status, besonders in Ostdeutschland,

fürchten eher Nachteile durch vermehrte Flexibilitäts- und Bildungsanforderungen... Im Kern der Ausländerfeindlichkeit scheinen sich Deprivationsängste zu verstecken bzw. die Furcht, in der wachsenden Konkurrenz um Arbeitsplätze und Zukunftschancen (projektiv verlängert: um Anerkennung, Mädchen und öffentliche Aufmerksamkeit) zu unterliegen... Nicht die Attraktivität rechtsextremer Milieus oder autoritäre Verhaltensmuster begünstigen die Adaptierung xenophobischer Motive, sondern die Angst vor eigener Arbeits- und Chancenlosigkeit, die sich in der These von der Konkurrenz zu Asylanten und Ausländern, die zu zahlreich seien und einem deshalb die Stellen wegnähmen, niederschlägt und ihr „Objekt“ findet.“

Fremdenfeindliche und rechtsextreme Gewalt erscheint vor diesem Hintergrund (der in seiner Vielschichtigkeit immer wieder in der wissenschaftlichen Diskussion betont wird) als ein relativ eigenständiges Phänomen, das über den Bereich des organisierten Rechtsextremismus weit hinausreicht. So zeigt auch die Auswertung der fremdenfeindlichen Straftaten in Schleswig-Holstein für das erste Halbjahr 2000, dass die erkannten Täter so gut wie nie rechtsextremen Organisationen zugerechnet werden konnten, sondern entweder der Skinhead-Subkultur angehörten oder (überwiegend) aus fremdenfeindlicher Motivation handelten. Die Erkenntnisse von Verfassungsschutz und Polizei können folglich das gewaltbereite Potenzial nicht abschließend bestimmen, sondern es lassen sich über Veränderungen im offenkundigen Bereich allenfalls Rückschlüsse auf das Dunkelfeld ziehen.

Offenkundig ist, dass sich die besorgniserregenden Veränderungen in den letzten Jahren nicht so sehr in den Anhängerzahlen des organisierten Spektrums vollzogen haben, sondern im Bereich der rechtsextremistisch geprägten Subkulturen.

Im Laufe der Neunzigerjahre gelang es keiner rechtsextremistischen Partei, sich bundesweit als Wahlpartei zu etablieren. Die Zahl der so genannten Neo-Nationalsozialisten, die sich ideologisch auf den historischen Nationalsozialismus beziehen, belief sich bundesweit 1991 auf 2.100 und 1999 auf 2.200 (mit zum Teil erheblichen Schwankungen in der Mitgliederzahl in den Zwischenjahren). Das Potenzial der militanten rechtsextremen Skinhead-Szene hingegen stieg bundesweit von 4.200 im Jahre 1991 auf 9.000 Personen im Jahre 1999. Das charakteristische Kennzeichen dieser rechten Subkultur ist die Gewaltbereitschaft, Übergänge in die

allgemeine (jugend-) kriminelle Gewaltszene sind typisch, die Übergänge in ein in den Konturen verschwimmendes Sympathisanten- und Mitläufer-Umfeld fließend. Nicht eine geschlossene Ideologie, sondern diffuse Vorurteile und einfache Feindbilder bestimmen das Denken. Die Szene besteht aus einer Vielzahl örtlicher und regionaler Cliques, die sich jedenfalls im Kernbereich als einheitliche Subkultur verstehen und über nationalistische und nationalsozialistische Symbole definieren, aber auch einer starken Mitglieder-Fluktuation unterliegen; für viele ist die Nähe zur Szene eine vorübergehende Episode. Der dem Verfassungsschutz bekannte schleswig-holsteinische Anteil an dieser Szene hat sich von 100 Personen im Jahre 1991 auf rund 300 im Jahre 1999 erhöht. Diese Zahl weist aber nur diejenigen aus, die durch nachhaltige rechtsextremistische Verhaltensweisen auffällig geworden sind. Jugendliche unter 16 Jahren sind in dieser Zahl nicht enthalten, das Landesverfassungsschutzgesetz untersagt deren Registrierung. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang aber, dass schon Jugendliche von 12 und 13 Jahren sich von der Skinhead-Subkultur angezogen fühlen.

Die Anzahl der Gewalttaten, die in Schleswig-Holstein zu verzeichnen waren, stieg Anfang der Neunzigerjahre im Einklang mit der bundesweiten Entwicklung nach der Vereinigung in vorher nicht bekannte Höhe: 1992 waren es 121 Taten, 1993 noch 89 (18 Brandanschläge, 42 Körperverletzungen, 29 Sachbeschädigungen). 1999 war die Anzahl auf 24 gesunken, allerdings in dem genannten Jahr entgegen dem Bundestrend, der wieder einen leichten Anstieg auswies.

Die Gründe für diesen Rückgang bei gleichzeitig starkem Anstieg der gewaltbereiten Szene lassen sich nicht exakt belegen. Eine sehr große Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür, dass staatliche Verbote, polizeiliche und gerichtliche Repressionsmaßnahmen und Präventionsbemühungen in ihrem Zusammenwirken in der Szene und ihrem weiteren Umfeld Wirkung gezeigt haben, ohne jedoch die Anzahl der Gewalttaten vollkommen beseitigen und ohne die grundlegende Attraktivität dieser Szene berühren zu können und damit die grundsätzliche Neigung zu insbesondere fremdenfeindlichen Ausschreitungen im Kern zu treffen.

Die Einbindung der Skinheads in neo-nationalsozialistische Kameradschaften gelang nur teilweise. Insbesondere ältere, länger in der Szene befindliche Wortführer wech-

selten im Laufe der Zeit in festere politische Strukturen. Die Mehrheit der Skinheads verweigert sich nach wie vor einer solchen Einbindung. Von größerem Erfolg waren die Bemühungen der international agierenden Skinhead-Bewegung „Blood & Honour“, die Subkultur selbst stärker über rechtsextremistische Musikproduktionen und Konzerte zu politisieren. Die Mobilisierungsfähigkeit der Szene für gemeinsame Aufmärsche mit ideologisch ausgerichteten Kräften ist dadurch erheblich gestiegen. Gleichzeitig hat die Gewaltbereitschaft eine ideologische Legitimation erfahren, die in Teilen der Szene eine Art geistiger Resistenz gegenüber staatlichen Strafansprüchen erzeugt hat; die Mitglieder verstehen sich dann als opferbereite Kämpfer für ihre „gerechte“ Sache.

Eine zweite Entwicklung hat die Gewaltszene in jüngster Zeit nachhaltig beeinflusst. Die NPD öffnete sich in den letzten Jahren nicht nur für Aktivisten aus der eigentlich Parteien ablehnenden Neonazi-Szene, sondern es gelang ihr auch, Teile der Skinhead-Szene als „nationale Jugend“ und „außerparlamentarische Opposition“ einzubinden und mit ihnen eine neue Strategie umzusetzen, die den bis 1995 kontinuierlichen politischen Niedergang der Partei aufgehalten hat: Den „Kampf um die Straße“. Damit bekam die Gewaltbereitschaft der Skinheads in den letzten Jahren eine neue Ausrichtung, der politische Gegner geriet ins Blickfeld. Zusammen mit der so genannten Anti-Antifa-Arbeit der Neonazi-Szene, bei der Informationen über politische Gegner für Rache- und Einschüchterungsaktionen gesammelt werden, entstand aus der rechten Szene heraus ein Potenzial, das überall dort bedrohlich auftaucht, wo es sich durch Gegenkräfte herausgefordert fühlt. Besonders auffällig wurde diese Entwicklung in diesem Jahr in Elmshorn, wo Gewerkschafter und Politiker schließlich mit Morddrohungen unter Druck gesetzt werden sollten.

Dass die neue Bedrohungslage ernst zu nehmen ist, ergibt sich aus verschiedenen Anzeichen:

- Mit Sprengstoffanschlägen auf die „Wehrmachtsausstellung“ in Saarbrücken und auf das Grab von Heinz Galinski in Berlin hat die Szene unter Beweis gestellt, dass sie willens und in der Lage ist, auch Terrorakte zu begehen.

- Die Waffenfunde, zuletzt bei der Skinhead-Kameradschaft Sächsische Schweiz, lassen für manche Gruppen eine Eskalation des Kampfes um die Straße befürchten. In Schleswig-Holstein hat es solche Funde bisher nicht gegeben.
- Die Grundstimmung in Teilen der gewaltbereiten Szene ist deutlich aggressiver geworden. Dies wurde in besonderer Weise deutlich in einem Beitrag in der neo-nazistischen, inzwischen verbotenen Publikation „Hamburger Sturm“, die eine besondere Bedeutung auch für die Szene in Schleswig-Holstein hatte und von dieser unterstützt wurde. Die Ausgabe Nr. 20/Mai 1999 enthielt ein Interview mit angeblich bereits im Untergrund aktiven Gruppenangehörigen so genannter „Nationalrevolutionärer Zellen“. Darin wird die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele propagiert. Man dürfe nicht vergessen, dass man im Krieg mit dem System sei, und da gingen nun mal einige „Bullen“ oder sonstige Feinde drauf. Die englische rechtsterroristisch ausgerichtete Gruppe „Combat 18“ wird als einziges politisches Leitbild benannt. (Die 18 steht für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet als Abkürzung für Adolf Hitler.)

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch, dass ältere Szene-Mitglieder mit erheblichem kriminellen Vorlauf verschiedentlich zu Wortführern in der Szene geworden sind.

Die Diskussion um das Verbot der NPD hat die Partei in eine Krise gestürzt. Ihr Versuch, sich von den mit ihr zusammenarbeitenden Neo-Nationalsozialisten und Skinheads zu distanzieren und sich der Öffentlichkeit gemäßiger zu präsentieren, hat die radikale Szene nicht beeindruckt. Diese sieht sich eher herausgefordert. Es ist zu befürchten, dass dies auch Auswirkungen auf die Entwicklung der Straftaten hat.

2.4 Welche Bedeutung für den Rechtsextremismus hat nach Ansicht der Landesregierung der Einzug in die Parlamente? Welche Ursachen haben nach Ansicht der Landesregierung zum Scheitern rechtsextremer und rechtsradikaler Parteien bei allen Wahlen in Schleswig-Holstein nach 1992 geführt, auch unter dem Hintergrund von Wahlergebnissen in anderen Bundesländern?

Der Einzug in Parlamente hat für die verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus eine unterschiedliche Bedeutung.

Die eher autoritär-nationalistischen Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Republikaner“ passen sich möglichst eng den Strukturen politischer Prozesse im demokratischen Verfassungsstaat an. Für sie sind Wahlerfolge wichtig, schon allein wegen der Wahlkampfkosten-Erstattung. Der Einzug in Parlamente erscheint ihnen vor allem aber deshalb bedeutsam, weil sie dadurch als politisch relevante Kraft öffentlich wahrgenommen werden können, durch Erfolge letztlich ihre Anhänger motivieren und ihren Anspruch, Fürsprecher des von den so genannten Altparteien nicht hinreichend vertretenen einheitlichen „Volkswillens“ zu sein, im Ansatz bestätigt sehen. Ihr eher populistisch ausgerichteter Politikansatz, Volksstimmungen gegen den etablierten „Politikbetrieb“ zu schüren und auszunutzen, verschafft ihnen von Zeit zu Zeit gewisse Erfolge, die sie in der Regel jedoch nicht in dauerhafte und schon gar nicht in bundesweite Parlamentsbeteiligung umsetzen konnten.

Die DVU, die von ihrem Vorsitzenden Frey in Form eines autoritären Politunternehmens geführt wird, hat kaum die Möglichkeit, auf gefestigte politische Strukturen und Kompetenz zurückgreifen zu können. Sie scheiterte deshalb in Schleswig-Holstein nach ihrem Wahlerfolg von 1992 in erster Linie an internen Querelen und an der nach außen hin deutlich zutage tretenden Inkompetenz, zur Lösung aktueller Probleme ernsthaft etwas beitragen zu können. Ressentiments und Politikverdrossenheit allein können offensichtlich bisher nicht in kontinuierliche Wahlerfolge verwandelt werden.

Die „Republikaner“ haben in Schleswig-Holstein keinen wahrnehmbaren organisatorischen Unterbau. Sie sind deshalb bei den letzten Landtagswahlen nicht mehr angetreten. Sie werden neben der mit großem Werbeaufwand auftretenden DVU von den Wählern auch kaum wahrgenommen. Lediglich in Baden-Württemberg haben sie quasi als Regionalpartei eine parlamentarische Bedeutung erlangt.

Die NPD als radikalste Partei des rechten Randes kann nicht mehr an die Erfolge in den Sechzigerjahren anknüpfen. Sie ist mittlerweile in eine politische Programmatik abgeglitten, die ausdrücklich einen „nationalen Sozialismus“ zum Ziele hat, der in seiner antikapitalistischen und völkischen Orientierung in geistigen Strömungen des Rechtsextremismus der Zwanzigerjahre wurzelt (Pfahl-Traughber). Obwohl die NPD zur Landtagswahl 2000 in Schleswig-Holstein als einzige Partei des rechtsextremen

Lagers antrat, war sie nicht in der Lage, mit dieser Programmatik und mit ihrer Nähe zur militanten rechten Jugendszene mehr als 1 % der Wählerstimmen zu erreichen. Dies zeigte sich auch in den Wahlen anderer Bundesländer.

Für die neo-nationalsozialistische und die politisch aktive Skinhead-Szene sind Wahlerfolge von nachrangiger Bedeutung. Sie sehen sich als revolutionäre Kader einer parteiübergreifenden völkisch-nationalen „Bewegung“ und erwarten früher oder später den Zusammenbruch des liberalen „Systems“. Wahlerfolge rechter Parteien sind für sie allenfalls Gradmesser für die Ausprägung des in der Bevölkerung vorhandenen revolutionären Bewusstseins.

2.5 Welche grundsätzlichen Veränderungen der Hauptthemen und Argumentationen hat es in der rechtsextremen Agitation gegeben?

2.6 Was ist der Landesregierung über taktische und strategische Neuorientierung der rechtsextremen Szene bekannt?

2.7 Welche Tendenzen sind gegenwärtig in der Theorie- und Ideologienentwicklung innerhalb des rechtsextremen Spektrums feststellbar? Wurden insbesondere aus Schleswig-Holstein Beiträge zur rechtsextremen Theoriebildung bzw. zu Tendenzen der „Intellektualisierung“ des Rechtsextremismus oder zur wissenschaftlichen Untermauerung des Geschichtsrevisionismus geleistet?

Die Fragen 2.5 bis 2.7 stehen in einem engen Sachzusammenhang; sie werden deshalb zusammenfassend beantwortet:

Neue Orientierungen haben sich insbesondere im neo-nationalsozialistischen Spektrum und bei der NPD ergeben, die beide Kräfte zur Aktionseinheit und damit zu einer dominierenden national-revolutionären Strömung im Rechtsextremismus zusammenwachsen ließen. An dieser Entwicklung nimmt auch die sich zunehmend politisierende Skinhead-Szene teil.

Unter dem Druck der Vereinsverbote, die vor allem in den Jahren 1992 bis 1995 die Auflösung fast aller festen neo-nationalsozialistischen Zusammenschlüsse erzwangen, verzichteten Neo-Nationalsozialisten auf herkömmliche Organisationsmuster und ersetzten diese durch eine weitgehend strukturlose Vernetzung. Einzelne Versuche, auch eine ideologische Erneuerung in die Diskussion zu bringen, blieben im neo-nationalsozialistischen Spektrum ohne Resonanz; allerdings ist die offene,

unmittelbare Anknüpfung an den historischen Nationalsozialismus etwas in den Hintergrund getreten.

Um sich öffentlich mit Aufmärschen und anderen demonstrativen Auftritten darstellen zu können, knüpften Neo-Nationalsozialisten vielfältige Kontakte - zum Teil auch in Unterwanderungsabsicht - zur NPD. Diese Entwicklung verstärkte massiv die auch auf innere Faktoren zurückzuführende Radikalisierung der NPD. Mit einer seither betont aktionistischen, national-revolutionären Ausrichtung hat die NPD sich deutlich von den anderen rechtsextremistischen Wahlparteien (insbesondere DVU, „Republikaner“) abgesetzt. Innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums gibt es zwischen Neo-Nationalsozialisten und NPD eine weitaus größere Schnittmenge als zwischen NPD und anderen rechtsextremistischen Parteien. Diese Neuformierung hat die Gewichte im Rechtsextremismus verschoben, innerhalb dessen die Verklammerung von Neo-Nationalsozialisten, rechtsextremistischen Skinheads und NPD als so genannter „Nationaler Widerstand“ den radikalsten Flügel gestärkt hat.

Im Einzelnen:

Neo-Nationalsozialismus

Auf die seit 1992 einsetzende Serie der Organisationsverbote reagierten Führungspersonen der eher theoriefeindlichen Neo-Nationalsozialisten mit Strategiepapieren und konzeptionellen Überlegungen, die situationsbedingt strukturelle Aspekte in den Vordergrund stellten und ideologische Fragen weitgehend aussparten. Ein besonders bedeutsamer Umbau der neo-nationalsozialistischen Szene fand im norddeutschen Raum statt, so auch in Schleswig-Holstein, wo das neo-nationalsozialistische Potenzial als „Freie Nationalisten“ in unabhängigen Kameradschaften und ähnlichen Zirkeln als lose Vernetzung („freie Strukturen“) zu einem gemeinsamen Selbstverständnis gefunden hat. Diese Entwicklung geht auf ehemalige Funktionäre der 1992 verbotenen „Nationalen Liste“ (Hamburg) zurück, nämlich die Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch und Thomas Wulff. Dabei hat insbesondere Wulff das mehr praktisch ausgerichtete Konzept der „Freien Nationalisten“ (mindestens maßgeblich mit-) gestaltet, innerhalb seines eigenen Kameradenkreises umgesetzt und so erfolgreich propagiert, dass andere Neonazis darin Leitbild und Selbstverständnis gefunden haben und sich auf diese Weise auch ohne hierarchische Organisationsstrukturen in ein mobilisierbares Potenzial einordnen.

Wulff ist anerkannte Führungsperson der „Freien Nationalisten“ geworden und somit zu bundesweiter Bedeutung aufgestiegen.

Wesentliche ideologische Akzentverschiebungen hat diese Entwicklung weder bei „Freien Nationalisten“ noch sonst im neo-nationalsozialistischen Spektrum hervorgebracht. Anders als in den früheren, jetzt verbotenen neo-nationalsozialistischen Organisationen hat die weitgehende Strukturlosigkeit als ideologische Streitfragen verbrämte persönliche Querelen auf der Führungsebene beträchtlich reduziert, so dass lähmende Spaltungstendenzen sich weniger bemerkbar machen.

Ideologischer Kern des Neo-Nationalsozialismus ist unverändert der Rekurs auf den Nationalsozialismus. In einem Wulff zuzuschreibenden Interview („Zentralorgan“ Nr. 1/Januar 1998) stellt er klar, dass die „meisten freien Nationalisten“ eine „nationalsozialistische Gesinnung“ aufweisen. Eine thematische Öffnung ist eher vordergründig geblieben, wie etwa die Befassung mit sozialen Problemen (Arbeitslosigkeit, Drogen usw.). Diese werden instrumentalisiert, um zum Beispiel durch Angabe eines allgemein-politischen Mottos dem Verbot von Demonstrationen zu entgehen. Letztlich dienen derartige Themen immer auch als Vehikel für bekannte Feindbilder, indem insbesondere soziale Probleme zumindest unterschwellig mit ausländerfeindlichen Positionen verknüpft werden. Überdies scheinen parolenhafte Aussagen mit sozialem Bezug auf Demonstrations-Transparenten und in Publikationen mit der Kombination der Begriffe „nationalistisch/sozialistisch“ eine provozierende Nähe zum Nationalsozialismus zu intendieren.

Dennoch haben diese gegenwartsbezogenen Themen die inhaltliche Stagnation und politische Verengung des Neo-Nationalsozialismus aufgebrochen. Entsprechend hat der ausschließlich rückwärts gewandte Geschichtsrevisionismus, der insbesondere Ende der Achtziger-/Anfang der Neunzigerjahre durch die Leugnung der Judenvernichtung den verbrecherischen Charakter des Dritten Reiches in Abrede stellen wollte, im Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Kampagne gegen die „Wehrmachtsausstellung“ eine modifizierte, abgeschwächte Form angenommen und ist aktuell mehr an den Rand gerückt.

Öffentlich wahrnehmbare unmittelbare, nicht verklausulierte Anknüpfungen an Ideologie und Herrschaftsform des historischen Nationalsozialismus - wie diese in der

Wulff zuzuschreibenden Interview-Äußerung noch zum Ausdruck kommen - sind zumindest im Einflussbereich der „Freien Nationalisten“ zurückgegangen. Hakenkreuz- und ähnliche NS-Symbolik prägen das aktuelle Erscheinungsbild des Neonazismus in geringerem Umfang als früher; dabei spielen neben taktischen Erwägungen im Hinblick auf Strafverfolgungs- und Verbotsmaßnahmen auch der zurückgehende Einfluss von Altnazis und ausländischen Organisationen mit offener NS-Ausrichtung (insbesondere die US-amerikanische NSDAP-AO sowie die dänische DNSB) eine Rolle.

Auf dieser Grundlage gelang es den Neo-Nationalsozialisten, mit anderen Gruppierungen - insbesondere der NPD - eine als „Nationaler Widerstand“ bezeichnete partielle Aktionseinheit zu finden. Der „Nationale Widerstand“ ist der gemeinsame Nenner der aktionistischen Zusammenarbeit und wird in der gleichnamigen Homepage der „Freien Nationalisten“ wie folgt definiert:

„Der Nationale Widerstand (NW) ist deshalb keine Partei oder Organisation im üblichen Sinn. Der Nationale Widerstand stellt einen Oberbegriff dar, der die Einigkeit formieren soll und somit die Strukturen für die Zukunft vorzubereiten hat. Jede Partei, jeder Verein, jede Gruppierung, jeder Betrieb und jeder einzelne Mensch kann sich als ein Teil des Nationalen Widerstandes betrachten, wenn er mit den grundsätzlichen Zielen des NW übereinstimmt und in diesem eine Verpflichtung zur Tat sieht.“

NPD/JN

Die Radikalisierung der NPD verstärkte sich entscheidend mit der Wahl des Politologen Udo Voigt zum Bundesvorsitzenden im Jahr 1996 und gewann unter dem Vorzeichen des „Nationalen Widerstands“ eine neue Qualität. Die früher eher deutsch-nationale Wahlpartei NPD vollzog eine krasse Wandlung zu einem national-revolutionären, fundamentaloppositionellen und aktionistischen Sammlungsbecken. Die Jugendorganisation der NPD, die JN, waren zeitweise Vorreiter dieser Entwicklung; sie haben neuerdings an Eigenständigkeit und Profil verloren.

In seinem erklärten Bemühen, die Meinungsführerschaft im rechten Lager für seine Partei zu erringen, setzte Voigt auf Sozialdemagogie. Parallel zum Vorgehen der

Neo-Nationalsozialisten griff die NPD soziale Themen auf und spitzte sie mit rechts-extremistischen Bezügen zu. Darüber hinaus verschärfte Voigt die antikapitalistische Agitation und entfachte in der NPD eine Sozialismus-Debatte, die traditionalistisch, das heißt primär antikommunistisch, orientierte Mitglieder überforderte. Dabei unterscheidet sich der „deutsche“ oder „nationale Sozialismus“ der NPD von linken Modellen: er ist volksgemeinschaftlich statt klassenkämpferisch, nationalistisch statt internationalistisch, und er stellt das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht in Frage. Der so verstandene Sozialismus ist aus NPD-Sicht kongruent mit dem Nationalsozialismus, wie eine Definition im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (Nr. 2/1999) zeigt, wonach der „Nationalsozialismus (...) ein auf dem Fundament des deutschen Volkstums gegründeter nicht-marxistischer Sozialismus als Gestalter der deutschen Volksgemeinschaft“ sei.

Die hier unübersehbare Affinität zum Nationalsozialismus lässt die NPD für Neo-Nationalsozialisten attraktiv erscheinen. Ein weiterer Faktor ist das von Voigt seit 1998 propagierte Selbstverständnis als „Nationale Außerparlamentarische Opposition“ (NAPO), dessen Wesensmerkmal Aktionismus ist. Damit rückt ein Element seiner „Drei-Säulen-Strategie“ in den Vordergrund: während der „Kampf um die Köpfe“ (Erringung der Meinungsführerschaft) und der „Kampf um die Parlamente“ (Wahlerfolge und Instrumentalisierung der Parlamente) weitgehend Wunschdenken geblieben sind, erwies sich der „Kampf um die Straße“ als einigendes und mobilisierendes Schlagwort. Insoweit wurde ein aktionistischer Politikansatz betont, der einer Wahlpartei eigentlich fremd ist und mehr einem neo-nationalsozialistischen Politikstil entspricht. In dem als „Nationaler Widerstand“ bezeichneten Zusammenwirken von NPD, Neo-Nationalsozialisten und Skinheads konnten demzufolge in den letzten Jahren Demonstrationen mit zum Teil bemerkenswerten Teilnehmerzahlen durchgeführt werden.

Skinheads

Seit längerer Zeit ist eine zunehmende Politisierung der subkulturellen Skinhead-Szene zu beobachten, die jedoch keine eigenständigen ideologischen Konzepte verfolgt. Allerdings besteht hier offensichtlich eine stärkere ausländische Beeinflussung mit neo-nationalsozialistischer Tendenz, zum einen durch die internationale Musik-Szene oder durch Organisationen wie insbesondere „Blood & Honour“. Wie

letztere Organisationsbezeichnung bereits belegt, manifestiert sich in der Skinhead-Szene ein besonders ausgeprägter Rassismus. Dieser wird durch Schlagworte wie „White Power“ und durch aggressiv ausländerfeindliche und antisemitische sowie den „nordischen“ Menschentyp verherrlichende Songtexte transportiert. Skinheads gehen insbesondere auch bei Szene-Konzerten unbefangen mit NS-Symbolen um. Aufgrund der personellen und inhaltlichen Übergänge in die neo-nationalsozialistische Szene zum Beispiel bei neo-nationalsozialistisch beeinflussten Skin-Kameradschaften vermischen sich beide Szenen partiell sehr stark und können in solchen Fällen kaum noch unterschieden und voneinander abgegrenzt werden. Eine organisatorische Anbindung finden solche rechtsextremistischen Skinheads vielfach bei der NPD. Andererseits ist innerhalb der Skinhead-Szene nur schwer der Anteil der oberflächlich „anpolitisierten“ Skinheads abzuschätzen, die mehr am subkulturellen, durch Musik, Kleidung, Sprache und Auftreten bestimmten Gemeinschaftsgefühl teilhaben wollen und nur fallweise an politischen Aktivitäten teilnehmen. Deshalb stellt die Skinhead-Szene in ihrer Gesamtheit für Neo-Nationalsozialisten wie NPD ein quantitativ wichtiges, aber letztlich kaum verlässliches Mobilisierungspotenzial innerhalb des „Nationalen Widerstands“ dar.

In den letzten Jahren wurden in Schleswig-Holstein keine Beiträge zur rechtsextremen Theoriebildung bzw. zu Tendenzen der „Intellektualisierung“ des Rechtsextremismus oder zur wissenschaftlichen Untermauerung des Geschichtsrevisionismus geleistet.

2.8 Welche – auch länderübergreifenden und internationalen - Querverbindungen der in Schleswig-Holstein aktiven Gruppierungen untereinander und in das demokratische politische Spektrum gibt es? Inwieweit nutzen schleswig-holsteinische Rechtsextremisten die ihnen gegenüber großzügigere Gesetzeslage anderer Länder zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Aktivitäten? Können Vorbereitungen zu gemeinsamen Aktionen erkannt werden?

Der Umbau der neo-nationalsozialistischen Szene nach dem Verbot ihrer Organisationen hat im norddeutschen Raum völlig neue Strukturen entstehen lassen. Die „Kameradschaften“ stehen im Prinzip unverbunden nebeneinander, sie agieren selbstständig. Da die Szene aber einheitlich und zielgerichtet agieren will und auch muss, unter anderem um als außerparlamentarische politische Kraft bei ihren Sympathisanten wahrgenommen zu werden, kommt sie um Verbindungslinien unterhalb der

von erneuten Verboten bedrohten Organisationsebene nicht herum. Sie hat sich intensiv vernetzt.

Die Vernetzung erfolgt vor allem durch Kommunikation und Aktion.

Auf der Kommunikations-Ebene besteht ein enger Kontakt über alle technischen Mittel, vor allem über das Handy. Die örtlichen und regionalen Führungspersonen kennen sich überdies persönlich, regelmäßige Strategieabsprachen finden statt.

Auf der Aktionsebene wird die Vernetzung durch gemeinsame Aktivitäten gesucht, die einer Dauer-Mobilisierung gleichkommen. Kameradschaftstreffen, Musikveranstaltungen, Fußballspiele, Demonstrationen sollen die Szene binden und festigen.

Die neuen, dezentralen und offenen Strukturen haben offensichtlich den eher locker gefügten Cliques der Skinhead-Szene den Zugang zu den politischen Vorstellungen der Neo-Nationalsozialisten erleichtert. Die Szenen überschneiden sich heute in weiten Teilen. Dabei kommen die Vorgaben für die politische Arbeit fast ausschließlich aus dem Hamburger Bereich.

Insbesondere die rechtsorientierten Subkulturgruppen sind auf die Steuerung aus dem „Wulff-Umfeld“ angewiesen, die im wesentlichen durch das „Aktionsbüro Norddeutschland“, die Schrift „Zentralorgan“ und das „Freie Info-Telefon Norddeutschland“ erfolgt. Eine steuernde Funktion hatte auch die nicht unter dem unmittelbaren Einfluss von Thomas Wulff (Hamburg) stehende Publikation „Hamburger Sturm“, deren Trägerverein im August verboten wurde. Hier war die Vernetzung mit der hiesigen Skinhead-Szene, insbesondere mit dem „Club 88“ (Neumünster), besonders offensichtlich. Dessen Einbindung in die „Freien Nationalisten“ wird außerdem durch die Präsenz auf der aus dem „Wulff-Umfeld“ herausgegebenen Internet-Homepage „Nationaler Widerstand“ deutlich. Beinahe zwangsläufig ergeben oder ergaben sich die Querverbindungen mit der in ständiger Bewegung befindlichen Skinhead-Szene und deren politischen und kommerziellen Ablegern „Hammer-Skins“ und „Blood & Honour“. Letztere wurde vom Bundesinnenminister im September verboten.

Einen Sonderfall stellt das Verhältnis der „Freien Nationalisten“ zur NPD und deren Jugendorganisation JN dar. Aufgrund der Dominanz der Wulff-Anhänger in dieser Organisation und der Unterwanderung mehrerer schleswig-holsteinischer Kreisverbände der NPD durch „Freie Nationalisten“ bestehen hier besonders enge Verbindungen.

Vereinzelt sind Informationen über Kontakte heimischer Skinheads nach Dänemark und Schweden angefallen. Die liberale Rechtslage in diesen Ländern wird genutzt, um relativ problemlos Szene-Utensilien und rechtsextremistische Tonträger zu importieren. Für die Einbeziehung ausländischer Rechtsextremisten in die Planungen der schleswig-holsteinischen Szene gibt es dagegen keine Hinweise; das dürfte vor allem an den Sprachproblemen liegen. Gemeinsame Demonstrationen mit dänischen Neo-Nationalsozialisten hat es hingegen sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Dänemark gegeben.

Blockübergreifende Querverbindungen zwischen den in offener Systemgegnerschaft agierenden Neo-Nationalsozialisten („Bewegung“) und den Angehörigen der überwiegend rechtspopulistischen Themen verhafteten DVU und den „Republikanern“ sind auf Einzelfälle beschränkt.

Bei DVU und „Republikanern“ gibt es immer wieder Hinweise auf gegenseitige, zumeist von Einzelpersonen getragene Unterstützungen. Partei-offiziellen Abgrenzungsvorgaben, die nicht selten den Ausschluss androhen, stehen dem Wunsch großer Teile der Parteimitglieder zur Zusammenarbeit entgegen.

Da die neo-nationalsozialistische Szene ihre Bestrebungen zur Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und der statt dessen angestrebten, an das Dritte Reich angelehnten Gesellschaftsordnung zumeist unverschleiert und mit zunehmender Aggressivität betreibt, ist die Existenz von Querverbindungen in das demokratische Spektrum hinein unwahrscheinlich.

2.9 Gibt es in Schleswig-Holstein ökologisch oder religiös orientierte rechtsextreme Gruppen? Wenn ja, welche Bedeutung kommt ihnen zu? Wie sind diese Gruppen strukturiert und welche Aktivitäten entfalten sie?

In Schleswig-Holstein sind der Landesregierung keine ökologisch orientierten rechtsextremistischen Personenzusammenschlüsse bekannt, wohl aber einige religiös oder weltanschaulich orientierten.

Der bundesweit ca. 240 Mitglieder zählende „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.“ (BfG) hat sich zur Aufgabe gestellt, die in den Werken der Matthilde Ludendorff dargelegte Religionsphilosophie zu verbreiten. Rassismus, Antisemitismus, Antiparlamentarismus und Weltverschwörungstheorien prägen ihr Gedankengut. In den letzten zwei Jahren wurden neben internen Vortragsveranstaltungen in Lübeck lediglich Sonnenwendfeiern auf einem Gut in Schierensee durchgeführt. Derzeit verzichtet der in Schleswig-Holstein ca. 15 Mitglieder umfassende BfG weitgehend auf eigene Veranstaltungen. Ein dem BfG zuzurechnender Verlag in Stafstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde) vertreibt esoterisch-pseudowissenschaftliche Schriften. Einem weiteren Verleger in Viöl (Kreis Nordfriesland) wurde im August rechtskräftig die Gewerbeausübung untersagt.

Der „Nordische Ring e. V.“ mit Sitz in Bredstedt (Kreis Nordfriesland) vertritt und veröffentlicht rassistische Thesen. Maßgeblich beeinflusst wird die Vereinigung durch den Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Der ca. 20 Personen umfassende Verein ist seit 1997 öffentlich nicht mehr in Erscheinung getreten.

Die auch von Rieger geführte „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ mit Sitz in Ellerau (Kreis Pinneberg) vertritt ebenfalls rassistische Thesen. Die ca. 30 Mitglieder umfassende Vereinigung zwar zuletzt 1998 als Mitveranstalterin der „1. Mitteldeutschen Vortragstage“ in Ostritz (Sachsen) in Erscheinung getreten.

Die „völkisch-religiösen Gemeinschaften“ besitzen Integrationsfunktion für interessierte so genannte „Heiden“, verfügen aber in der neo-nationalsozialistischen Szene kaum über Anziehungskraft. Eine Programm bildende oder strategische Bedeutung ist nicht zu erkennen.

2.10 Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Finanzierung rechtsextremer Gruppen, besonders über veröffentlichungspflichtige Spenden an rechtsextreme Parteien und Organisationen, vor?

Rechtsextremistische Gruppen finanzieren sich in erster Linie durch Beiträge und Spenden. Hinzu kommen die Erträge aus angeschlossenen Buchdiensten. Zunehmende Bedeutung gewinnt in weiten Teilen des rechtsextremistischen Spektrums der Handel mit NS-Devotionalien, Skinhead-Musik und Szene-Utensilien wie T-Shirts und Aufnähern. Die rechtsextremistischen Parteien profitieren darüber hinaus unter Umständen von der staatlichen Parteienfinanzierung. Gelegentlich sind Parteien auch durch Erbschaften begünstigt worden.

Der Rechenschaftsbericht gemäß §§ 23 ff. PartG der NPD von 1998 weist zum Beispiel auf: Gesamteinnahmen von rund 4 Mio DM, davon ca. 64 % Spenden (2,5 Mio DM) und 17 % Mitgliedsbeiträge (680 TDM); s. Bundestags-Drucksache 14/3535 Seite 180 ff. Aus Mitteln der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien gemäß § 18 PartG hat die NPD 1998 rund 587.000 DM erhalten; im Jahr 2000 werden es ca. 900.000 DM sein.

Die politischen Parteien haben nach § 24 Abs. 5 PartG in ihrem Rechenschaftsbericht die Summe der Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) natürlicher Personen bis 6.000 DM je Person sowie die Summe der Zuwendungen natürlicher Personen, soweit sie 6.000 DM übersteigen, gesondert auszuweisen. Ferner sind nach § 25 Abs. 2 PartG Spenden, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr (Rechnungsjahr) 20.000 DM übersteigt, unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen.

Im Einzelnen weisen die Rechenschaftsberichte für 1998 aus:

DVU

a) Zuwendungen natürlicher Personen

- Summe der Zuwendungen bis 6.000 DM je Person 3.230.155,24 DM
- soweit sie den Betrag von 6.000 DM übersteigen 446.912,04 DM

- nicht zweifelsfrei zuzuordnende Spenden (z. B. Bagatellspenden aus „Tellersammlungen“) oder anonyme Spenden unter 1.000 DM nach § 25 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 PartG 384.430,59 DM

b) Spenden gemäß § 25 Abs. 2 PartG

- Dr. Gerhard Frey, Paosostr. 2, 81243 München 90.360,00 DM
- Helmut Wolf, Walter-Rathenau-Str. 8, 06792 Sandersdorf 21.044,29 DM

„Die Republikaner“

a) Zuwendungen natürlicher Personen

- Summe der Zuwendungen bis 6.000 DM je Person 6.921.105,68 DM
- soweit sie den Betrag von 6.000 DM übersteigen 1.369.610,58 DM
- nicht zweifelsfrei zuzuordnende Spenden oder anonyme Spenden unter 1.000 DM 53.790,60 DM

b) Spenden gemäß § 25 Abs. 2 PartG

- Alfons Häusler, Heuberg 1, 87448 Waltenhofen 24.928,00 DM
- Dr. Jürgen Heydrich, Meersburger Str. 4, 50935 Köln 24.797,80 DM
- Robert Holler, Kalkackerstr. 14, 91604 Flachslanden 26.230,00 DM
- Josef Huchler, Bahnhofstr. 10, 88447 Warthausen 66.183,09 DM
- Bernhard Plappert, Gerloser Weg 25, 36039 Fulda 20.123,00 DM
- Dr. Rolf Schlierer, Kernerstr. 2 a, 70182 Stuttgart 29.723,77 DM
- Prof. Dipl.-Ing. Gottfried Schubert, Dorfstr. 25, 83139 Schwabering 28.200,00 DM

NPD

a) Zuwendungen natürlicher Personen

- Summe der Zuwendungen bis 6.000 DM je Person 2.493.498,22 DM
- soweit sie den Betrag von 6.000 DM übersteigen 732.883,49 DM
- nicht zweifelsfrei zuzuordnende Spenden (z. B. Bagatellspenden aus „Tellersammlungen“) 1.730,43 DM
- Spenden nach § 40 Abs. 2 PartG bis 200 DM oder anonyme Spenden unter 1.000 DM nach § 25 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 PartG 6.445,79 DM

b) Spenden gemäß § 25 Abs. 2 PartG

- Marianne Hennig, Daadener Str. 29, 57520 Derschen 259.013,00 DM
- Ernst Klemmeyer, Bürgerm.-Blunk-Str. 8 B, 86154 Augsburg 58.000,00 DM
- Wolfgang Schüler, Goetheplatz 9, 04430 Böhlitz-Ehrenberg 242.404,00 DM

2.11 Welche Ermittlungs-, Straf- und Disziplinarverfahren wegen Straftaten oder Dienstvergehen mit rechtsextremistischem Hintergrund wurden im vergangenen Jahrzehnt eingeleitet und zu welchen Ergebnissen führten sie?

Eine Einzelauswertung und Aufstellung der im Laufe des letzten Jahrzehnts anhängig gewesenen **Ermittlungs- und Strafverfahren** mit rechtsextremistischem bzw. fremdenfeindlichem Hintergrund ist wegen des damit verbundenen unverhältnismäßigen Aufwandes nicht möglich. Allerdings teilen die örtlichen Staatsanwaltschaften seit dem Jahre 1992 quartalsweise die Anzahl der Verfahren wegen rechtsextremistischer fremdenfeindlicher Straftaten und deren Erledigungsarten mit. Aus diesen Meldungen errechnen sich folgende Fallzahlen:

Jahr	Summe der Verfahren	Eingestellt nach § 170 II StPO	Eingestellt nach §§ 153 ff StPO 45 ff JGG	Verurteilungen	Davon zu Freiheitsstrafe	Sonst. Verfahrenserledigungen
1992	743	264	41	14	9	12
1993	1.508	896	86	19	6	94
1994	1.168	795	92	62	17	99
1995	858	616	94	36	13	38
1996	862	486	106	43	8	64
1997	579	368	101	16	4	69
1998	434	219	49	15	5	35
1999	452	318	86	32	4	52
2000 bis 30.06.	208	140	44	17	4	21

Angaben über die Anzahl und die Ergebnisse der im vergangenen Jahrzehnt im Geschäftsbereich der Landesregierung eingeleiteten **Disziplinarverfahren** sind nur insoweit möglich, als die Disziplinarverfahren noch nicht abgeschlossen bzw. abgeschlossene und unanfechtbar gewordene Disziplinarverfahren noch nicht getilgt sind

(§ 93 LDO).

Wegen diskriminierender Äußerungen gegenüber Ausländern und wegen Verharmlosung des Nationalsozialismus und nationalsozialistischer Gräueltaten sind gegen Lehrkräfte insgesamt acht Disziplinarverfahren eingeleitet worden. In drei Fällen sind dies förmliche Disziplinarverfahren, die noch nicht abgeschlossen sind. In vier Fällen wurden Verweise bzw. Geldbußen ausgesprochen. Ein weiteres nicht förmliches Disziplinarverfahren ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen.

Gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen wurden keine Verfahren eingeleitet.

Auch für den Kommunalbereich liegen keine derartigen eigenen Verfahren und auch keine Mitteilungen von Kommunen vor. **3. Rechtsextreme Publizistik in Schleswig-Holstein**

3.1 Welche rechtsextremen oder ausländerfeindlichen Publikationen werden in Schleswig-Holstein in welcher Auflagenhöhe veröffentlicht und vertrieben?

Die „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter“ mit Sitz in Kiel (ca. 50 Mitglieder) gibt den „Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens“ heraus. Die Auflagenhöhe soll nach Eigenangaben 7.500 Exemplare betragen.

Lübecker Mitglieder des „Bündnis Rechts“ geben seit 1999 den „Lübscher Aufklärer“ in unbekannter Auflagenhöhe heraus.

Seit Mitte des Jahres publiziert der Kreisverband Lübeck der NPD die Schrift „Lübscher Volksbote“. Laut Impressum soll die vierseitige Ausgabe vier- bis sechsmal im Jahr in einer Auflagenhöhe von 1.000 Stück erscheinen.

Alle drei Publikationen sind nicht im Zeitschriftenhandel erhältlich, sondern werden an die Mitglieder verteilt, auf Anforderung versandt oder bei rechtsextremistischen Veranstaltungen verkauft.

3.2 Welche rechtsextremen Verlage, Buchdienste und Buchhandlungen gibt es in Schleswig-Holstein, und wie gestaltet sich ihr Sortiment bzw. Verlagsprogramm?

Der Verlag „ARNDT-Buchdienst/Europa-Buchhandlung“ mit Sitz in Martensrade (Kreis Plön) und die ihm angeschlossenen Zweigniederlassungen sind derzeit der bedeutendste rechtsextremistische Verlag in Schleswig-Holstein. Im Angebot - vorwiegend aus eigener Produktion - befinden sich rechtsextremistische Bücher, Ton- und Bildträger sowie Schmuck und Kunstgegenstände, CDs bekannter rechtsextremistischer Liedermacher sowie Originalreden von Hitler, Goebbels, Göring und Heß auf LPs und CDs. Ein Hauptanliegen des Verlagsinhabers ist die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete. So enthält das Vertriebssortiment auch zahlreiche Publikationen, Landkarten, Kalender und Videos zu diesem Thema.

Der in Burg (Kreis Dithmarschen) ansässige „Verlag Tim Schatowitz“ (VTS) hat in seinem Programm überwiegend Videos und Bücher anderer rechtsextremistischer Verlage, unter anderem aus dem „ARNDT-Verlag“. 1999 vertrieb er erstmalig auch Bücher aus eigener Produktion. Inhaltlich umfasst das Angebot insbesondere unkritische und verklärende Darstellungen des „Dritten Reiches“ und seiner Protagonisten. Der VTS hat nur eine geringe Bedeutung im rechtsextremistischen Verlagspektrum.

Die „Versandbuchhandlung Gisela Stiller“ mit Sitz in Stafstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde) bietet in ihren häufig in der Halbmonatsschrift „Mensch und Maß“ erscheinenden Anzeigen insbesondere Publikationen des „Verlag Hohe Warte“ an, die das antiparlamentarisch, rassistisch und antisemitisch geprägte Gedankengut der Matthilde Ludendorff verbreiten. Die Buchhandlung hat im rechtsextremistischen Verlagswesen nur eine marginale Bedeutung und ist allenfalls für die Anhänger der „Ludendorff-Bewegung“ interessant.

3.3 Welche Bedeutung hat vor diesem Hintergrund der Handel mit Musik- und Daten-CD's, Videos, DVD's sowie Devotionalien?

Die unter 3.2 genannten Verlage vertreiben auch CDs mit rechtsextremistischen Inhalten, im Musikbereich agieren jedoch spezielle Skinhead-Musikvertriebe. In den letzten Jahren hat sich der Skinhead-Musikmarkt differenziert und kommerzialisiert. Mit Tonträgern und Devotionalien werden auch bei Konzerten erhebliche Umsätze

erzielt. Zudem gelangen über ausländische Vertriebsdienste Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten nach Deutschland. 1993 und 1997 haben bundesweite Exekutivmaßnahmen stattgefunden. Das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein hat in den Jahren 1997 und 1998 zwei Großverfahren gegen Verbreiter/Hersteller illegaler rechter CDs geführt und dabei insgesamt ca. 300.000 illegale Produkte, darunter über 30.000 mit eindeutig volksverhetzenden Inhalten, beschlagnahmt. Zahlreiche weitere Verfahren gegen Kleinhändler wurden bei den Staatsschutzdienststellen der Bezirkskriminalinspektionen (Kommissariate 5) bearbeitet. Trotz der Durchsuchungs- und Beschlagnahme-Aktionen zeigen sich die Anbieter dieser Musik nur bedingt beeindruckt. Die Motivation der hinter den Vertrieben stehenden Personen ist unterschiedlich: zum Teil ideologisch begründet, größtenteils kommerziell.

Die rechtsextremistischen Musikträger sind nicht im allgemeinen Handel erhältlich. Die Werbung erfolgt in der Regel durch so genannte Fanzines. Außer CDs werden auch Videos, szenetypische Textilien und andere Devotionalien angeboten. Neben den einschlägigen, bundesweit ca. 50 agierenden Vertrieben existieren noch zahlreiche kleinere Ladengeschäfte (zum Beispiel Militaria-Shops) und Einzelanbieter, die sich auf den Verkauf von CDs, insbesondere bei Konzerten, spezialisiert haben. Jährlich erscheinen ca. 100 neue rechtsextremistische Tonträger der zurzeit über 90 aktiven Skinhead-Bands. Über den Vertrieb von DVDs liegen keine Erkenntnisse vor.

In Schleswig-Holstein sind ein Musikvertrieb in Halstenbek sowie ein Militaria-Shop in der Nähe von Itzehoe bekannt, die entsprechendes rechtsextremistisches Material anbieten. Verglichen mit anderen Skinhead-Vertrieben in Deutschland spielen sie aber eine untergeordnete Rolle.

3.4 Welche rechtsextreme und ausländerfeindliche Angebote existieren im Internet und wie gestaltet sich ihr Inhalt? Welche dieser Angebote haben Träger in Schleswig-Holstein?

Das Internet ist für Rechtsextremisten ein bedeutendes Medium für ihre Agitation. Derzeit existieren ca. 400 Einstellungen. Es dient dazu, die regional, organisatorisch und ideologisch zersplitterte Szene informativ zu vernetzen. Inhaltliche Schwerpunkte bilden einschlägige Literatur und Musik, Propagandamaterialien aus dem In- und Ausland, Informationen über rechtsextremistische Organisationen sowie Ver-

zeichnisse weiterer Internet-Inhalte mit einschlägigen Bezügen. So genannte Links bieten dem Nutzer automatische Verbindungen zu einer Fülle weiterer rechtsextremistischer Seiten, insbesondere auch aus dem Ausland. Die ausländischen Seiten sind vor allem deshalb von Bedeutung, weil über sie in Deutschland strafbare Inhalte erreichbar sind, die vor allem in der rechten Subkultur Interesse finden.

Die Seiten der rechtsextremistischen Parteien und ihrer Jugendorganisationen zeigen deutlich deren politisches Hauptanliegen, das Internet als Sprachrohr und Instrument zur Vereinheitlichung von Parteiaussagen zu nutzen. Auf der Homepage des Bundesverbandes der NPD heißt es beispielsweise in einer Selbstdarstellung, dass durch die Homepage Kontakte zu Gleichgesinnten hergestellt und die politische Meinungsbildung im nationalen Lager vorangebracht werden soll. Aus diesem Grund werden Thesenpapiere, Pressemitteilungen, Termine, aktuelle Inhalte - zum Beispiel Wahlergebnisse - und Kontaktadressen eingestellt.

In Schleswig-Holstein verfügen die rechtsextremistischen Parteien „Die Republikaner“ sowie die NPD über eigene Homepages, die nicht sehr umfangreich sind und lediglich der Kontaktaufnahme dienen.

Homepages der Skinhead-Szene bieten neben strafbarer Symbolik und volksverhetzenden Texten vor allem entsprechende Musik im so genannten MP3-Format. Diese Software ermöglicht ein Herunterladen zum Herstellen und Verbreiten eigener CDs. Jüngeren Menschen wird damit rechtsextremistisches, oft volksverhetzendes Gedankengut, vermittelt. Nur wenige Betreiber im Skinhead-Bereich nutzen ihre Homepages ausgeprägt zur Verbreitung politischer Propaganda und ideologischer Stellungnahmen. Schwerpunkt ist das szeneverbindende Element der Musik. Das Spektrum reicht von der Veröffentlichung von Texten rechtsextremistischer Skinhead-Bands über Rezensionen von Tonträgern und Informationen über Musikgruppen bis hin zu Bildern von Konzerten. Eine anspruchsvoll gestaltete Seite betreibt die (zurzeit nicht aktive) schleswig-holsteinische Skinhead-Band „Freikorps“, die eine Diskographie, Band-Fotos und eine Reihe von Links zu anderen rechtsextremistischen Seiten anbietet.

Neben diversen Internet-Projekten (Radio-Programme, Online-Diskussionsforen, Versandhandel) eines neo-nationalsozialistischen Einzelaktivisten aus Halstenbek kommt in Schleswig-Holstein der Hamburger Homepage „Nationaler Widerstand“ besondere Bedeutung zu. Neben allgemeinen politischen Nachrichten aus „nationaler“ Sicht finden sich auf der Homepage hauptsächlich Berichte über Aktivitäten (durchgeführte Demonstrationen, Terminhinweise) und Projekte der „Freien Nationalisten“, eines losen Zusammenschlusses vor allem norddeutscher neo-nationalsozialistischer Einzelaktivisten und Kameradschaften. Die von Hamburger Aktivisten betriebene Seite enthält unter anderem Links zur Internet-Publikation „Perspektive“, zum „Bündnis Rechts“ aus Lübeck sowie zur Homepage des in Neumünster ansässigen „Club 88“. Auch diese Seiten dienen in erster Linie zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades in der Szene und zur Kontaktaufnahme. Politische Aussagen des „Bündnis Rechts“ werden beispielsweise nicht in das Internet eingestellt, sondern sind nur über den Telefonansagedienst abrufbar. Strafrechtsrelevante Inhalte wurden auf den von Schleswig-Holsteinern betriebenen Seiten bislang nicht festgestellt.

3.5 Was unternimmt die Landesregierung, um die Nutzung des Internet für rechtsextreme Inhalte zu begrenzen, auch hinsichtlich von Initiativen im Bundesrat oder im Europäischen Parlament?

Das Internet ist ein internationales, dezentral organisiertes Kommunikationsnetz, das sich kontrollierenden Zugriffen im Grunde entzieht. Die nationalen Rechtssysteme sind zu unterschiedlich, so dass ein internationaler Konsens über straf- und ordnungsrechtliche Maßnahmen derzeit kaum realistisch ist. Die Landesregierung unterstützt jedoch alle Bemühungen, die darauf abzielen, zu internationalen Absprachen zu gelangen. Bis dahin haben sich alle Bemühungen darauf zu konzentrieren, die nationalen Gesetze soweit wie möglich zur Anwendung zu bringen und den verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet zu vermitteln.

Schleswig-Holstein hat auf der 71. Konferenz der Justizministerinnen und -minister am 24./25.05.2000 in Potsdam einem - einstimmig - gefassten Beschluss zu „Maßnahmen zur Bekämpfung radikaler und menschenverachtender Propaganda inner- und außerhalb der internationalen Datennetze“ zugestimmt. Gegenstand des Beschlusses ist die Verurteilung von extremistischen Gewalttaten unter Hinweis auf die Gefahren, die mit der Verbreitung extremistischer Propaganda einhergehen. Da-

bei wird mit besonderer Sorge beobachtet, dass die modernen Kommunikationstechnologien für einschlägige Straftaten missbraucht werden. Die Justizministerinnen und -minister nahmen die Absicht der Bundesministerin der Justiz zur Kenntnis zu prüfen, ob insoweit gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

Die Zentralstelle „jugendschutz.net“, die bundesweit den Jugendschutz in den Mediendiensten zur Geltung bringt, wird von Schleswig-Holstein mitfinanziert.

„jugendschutz.net“ bekämpft rassistische und fremdenfeindliche Inhalte in den Mediendiensten/im Internet sowie die Darstellung von bzw. die Werbung für rechtsextreme Jugendszenen im Internet.

Die Verfassungsschutzbehörden leiten Informationen zu strafbaren Inhalten und den zuzuordnenden Personen im Internet an Polizei und Justiz weiter, um die Strafverfolgung der Verantwortlichen zu ermöglichen.

Regelmäßige Recherchen ohne bestimmten Anlass betreibt auch das Bundeskriminalamt Wiesbaden. Werden dort Straftaten erkannt, übernimmt die zuständige Polizeidienststelle das Verfahren. Derartige Fälle werden in Schleswig-Holstein von den Kommissariaten 5 der Bezirkskriminalinspektionen bzw. auf den Kriminalpolizeistellen bearbeitet.

Eltern und Lehrkräfte müssen die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass Kinder und Jugendliche ungewollt oder auch gewollt im Internet auf rechtsextremistische Inhalte stoßen können. Sofern Eltern und Lehrkräfte den Lebensweltbezug des Elternhauses und der Schule ernst nehmen, dürfen sie sich gerade hier nicht der Realität verschließen. Einen vollständigen Schutz vor solchen Inhalten im Internet gibt es gegenwärtig nicht. Die Landesregierung fördert und unterstützt deshalb die Initiative des Bundesrates (Entscheidung zur Bekämpfung der High-Tech-Kriminalität) und begrüßt die Initiative des Europäischen Parlaments, in diesem Bereich tätig zu werden (Beratungen über eine Convention on Crime in Cyberspace).

Gleichwohl reichen gesetzliche und technische Schutzvorkehrungen allein nicht aus. Es ist vielmehr notwendig, Kindern und Jugendlichen gerade auch im Hinblick auf rechtsextremistische Inhalte im Internet in der Schule Medienkompetenz zu vermitteln. Dazu gehört die Fähigkeit, selbstbestimmt und verantwortungsbewusst Inhalte

auszuwählen, aufzunehmen, zu verstehen und sich kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen. Voraussetzung hierfür ist eine intensive unterrichtliche Behandlung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Inhalte sowie deren Darstellung im Internet. Nur aufgeklärte und im kritischen Umgang mit Medien geübte Schülerinnen und Schüler können der von rechtsextremistischen Inhalten im Internet ausgehenden Gefährdung begegnen.

Was den Landesbildungsserver als die regionale Internetplattform für schulische Innovationen angeht, werden alle Eingaben in einem Zwischenspeicher gelagert und von Pädagogen überprüft. Das verhindert das Eindringen von jugendgefährdenden, gewaltverherrlichenden oder gegen andere Gesetze verstoßende Inhalten. Mittlerweile wurden auch weitere Filterungsmöglichkeiten entwickelt. Dennoch kann nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, dass - bedingt durch den Zugriff auf Links und die Findigkeit von Internetanbietern - solche Inhalte aufgerufen werden können.

4. Rechtsextremismus unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen

4.1 Welche Bedeutung haben Jugendliche und junge Erwachsene im Alter bis zu 25 Jahren für rechtsextreme und ausländerfeindliche Zusammenhänge? Welche besonderen jugend- und soziokulturellen Formen (Kleidung, Musik, Konzerte, Sport u.a.), die für eine rechtsextreme Orientierung typisch sind, sind in Schleswig-Holstein besonders verbreitet?

Jugendliche fühlen sich von rechtsextremen Parteien nicht in besonderer Weise angezogen, deren Organisationsbetrieb spricht sie nicht an. Eine gewisse Ausnahme macht die NPD, die seit einigen Jahren ganz gezielt die Jugend umwirbt und sich für junge Leute aus der Neonazi-Szene und aus Skinhead-Kreisen geöffnet hat. Sie konnte damit ihren Mitgliederbestand von bundesweit nur noch 3.500 im Jahre 1996 auf zuletzt 6.000 steigern, wobei ihr größter Zuwachs allerdings im Lande Sachsen mit allein 1.200 Mitgliedern lag. Auch in Schleswig-Holstein konnte sich die NPD nach kontinuierlichem Niedergang wieder geringfügig verstärken und ihre Mitgliederzahl von 120 im Jahre 1996 auf jetzt rund 200 steigern. Die neuen jungen Mitglieder sind allerdings gleichzeitig fest in der neo-nationalsozialistischen Szene verankert, ihre radikalen Ansichten finden in der Partei keine ungeteilte Zustimmung, der Landesverband hat mit erheblichen internen Spannungen zu kämpfen.

Rechtsextrem orientierte Jugendliche werden in erster Linie von jugendtypischen Anreizen angezogen. Die Kameradschaften der Neo-Nationalsozialisten können auf Dauer nur diejenigen binden, die ideologisch interessiert und politisch engagiert sind. Das ist der bei weitem kleinere Teil.

Der weitaus größere Teil verbleibt in losen subkulturellen Gruppen, deren einigendes Band Alkohol, Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und das diffuse Gefühl einer „Benachteiligung durch das System“ ist.

Zentrales Merkmal dieser Szene ist die Sozialform Clique. In der Öffentlichkeit tritt man als Gruppe in Erscheinung. Trotz einer ausgeprägten führerbezogenen Hackordnung innerhalb der Gruppe und einer körperbetonten direkten Konfliktbewältigung ist das Zusammengehörigkeitsgefühl stark ausgeprägt. Ihre Szene-Zugehörigkeit betonen rechtsextreme Cliquen in der Regel durch ein besonderes Outfit, jedenfalls dann, wenn sie in der Gruppe auftreten und nicht Gefahr laufen, von anderen Jugendgruppen angegriffen zu werden. Zum Outfit gehören Glatze, Springerstiefel, Bomberjacke; T-Shirts mit zum Beispiel Bandnamen, rassistischen Parolen, Aufdrucken wie „Club 88“; quasi-militärische Abzeichen und Aufnäher, Gürtelschnallen mit nordischen oder Kampfhund-Motiven. Sehr populär sind martialische Tätowierungen. Wie sehr das Ganze bereits Züge einer Mode angenommen hat, zeigt, dass auch Parfüms mit Namen wie zum Beispiel „Walhalla“ im Handel sind. Ein regelrechter Szene-Kommerz hat sich entwickelt und versorgt die Anhänger mit allem Nötigen. Die rechtsextreme Jugendszene ist Alltagskultur.

Ein ganz wesentliches Element für die cliquenübergreifende Identitätsbildung in der Szene ist eine nicht kommerzielle Popmusik, die von einer Vielzahl von Bands und Liedermachern nationaler und internationaler Herkunft geliefert wird. In Deutschland sind derzeit über 90 Musikgruppen aktiv, derzeit keine aus Schleswig-Holstein. Die Szene-Mitglieder nehmen auch weite Anreisen in Kauf, wenn insbesondere Kultbands der rechtsextremen Szene auftreten. Ein Konzert in Garitz (Sachsen-Anhalt) am 4. September 1999 zog über 2.000 Besucher an, weil eine beliebte Band aus den USA auftrat. Ausländische Musikgruppen, insbesondere aus Großbritannien und aus Schweden, erweisen sich generell als Publikumsmagneten. Sie zeigen, dass die

rechtsextreme Protest-Szene internationale Dimensionen hat und nicht auf Deutschland begrenzt ist.

Mehr als 100 Konzerte fanden 1999 bundesweit statt, die Besucherzahlen lagen bei der Hälfte der Konzerte über 200. In Schleswig-Holstein ist 1999 kein Konzert bekannt geworden, Anfang 2000 gab es in Klein Gladebrügge ein als Geburtstagsfeier getarntes Konzert. In Fan-Magazinen („Fanzines“) werden Musikbesprechungen, Konzerttermine, Band-Interviews angeboten. Etwa 50 dieser von Szene-Mitgliedern gefertigten Fanzines waren 1999 im Bundesgebiet bekannt geworden, keines davon aus Schleswig-Holstein.

Da die Szene permanente Kampfbereitschaft und körperbetonte Männlichkeit zur Schau trägt, ist es nicht verwunderlich, dass von den Sportarten insbesondere die Kampfsportarten gefragt sind.

4.2 Welche neueren Entwicklungen gibt es bei der Integration und der Laufbahn von Mädchen und jungen Frauen in rechtsextremen und ausländerfeindlichen Zusammenhängen, besonders in Schleswig-Holstein? Welche Ursachen sieht die Landesregierung für diese Veränderungen? Gibt es in Schleswig-Holstein spezifische rechtsextreme Mädchen- und Frauenorganisationen?

Es gibt keine nennenswerten Erkenntnisse, die auf eine spezifische Werbung für Mädchen und junge Frauen oder auf ausgeprägte Affinitäten oder Verbindungen hinweisen. Wohl gibt es in Regionen mit Problemverdichtungen und einem hohen Ausländeranteil auch bei Mädchen Tendenzen zu Fremdenfeindlichkeit bzw. Angst vor Fremden. Untersuchungen von gewaltauffälligen Mädchengruppen in anderen Bundesländern belegen jedoch, dass es auch solche gibt, die sich explizit als rechts und ausländerfeindlich definieren. In gewaltförmigen Auseinandersetzungen jedoch haben Mädchen und junge Frauen eher eine Gruppen stabilisierende, gemeinschaftsstiftende, aber auch anstiftende Funktion.

Auch aus schulischer Sicht sind keine Veränderungen erkennbar. Vereinzelt gibt es im Berufsschulbereich Schülerinnen, die ausländerfeindlichem und rechtsradikalem Gedankengut positiv gegenüberstehen und das auch in Diskussionen äußern. Die Ursachen sind unterschiedlich. Zum Beispiel spielen Freundschaften zu jungen Männern in einschlägigen Gruppierungen eine Rolle. Genannt werden auch negative Erfahrungen mit Männern ausländischer Herkunft in Diskotheken oder vermeintliche

Konkurrenzsituationen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen.

In Schleswig-Holstein gibt es keine spezifischen rechtsextremen Mädchen- und Frauenorganisationen. Einige Schleswig-Holsteinerinnen gehören dem bundesweit agierenden „Skingirl-Freundeskreis Deutschland“ (SFD) an, der zurzeit ca. 50 Aktivistinnen umfasst. Der SFD wurde Ende 1990 von weiblichen Skinheads („Skingirls“ oder „Renees“) unter der ursprünglichen Bezeichnung „Skingirlfront Deutschland“ gegründet und 1995 umbenannt. Seitdem entwickelte er sich zu einer eher politisch agierenden Organisation. Daneben existieren „Interessengemeinschaften“, so zum Beispiel das 1999 von SFD-Mitgliedern gegründete „Braune Kreuz“, eine Art Sanitätsdienst zum Einsatz bei öffentlichen rechtsextremistischen Veranstaltungen. Die SFD-interne Publikation „Walküre“ vertritt in Artikeln und Berichten rechtsextremistische Positionen. Im März richtete der SFD eine eigene Internet-Homepage ein, um mit einer intensivierten Öffentlichkeitsarbeit die Stagnation seines Mitgliederbestandes zu überwinden und sich als eigenständige Frauengruppierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene darzustellen.

4.3 Welchen Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Dauerhaftigkeit rechtsextremer und ausländerfeindlicher Einstellungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen?

Zur Dauerhaftigkeit entsprechender Einstellungen können keine Aussagen getroffen werden. Allerdings dürfte auch hier gelten, was aus der Delinquenz- und Einstellungsforschung bekannt ist: Einstellungen unterliegen gerade im Jugendalter noch erheblichen Veränderungen, und auch entsprechende Verhaltensweisen dürften zum Teil als jugendtypisch und passager bezeichnet werden.

Insbesondere in den Berufsschulen wird vermutet, dass die Intensität der Bindung Jugendlicher und junger Erwachsener an rechtsradikale Gruppen insbesondere von beruflichen Perspektiven, einer erfolgreichen Ausbildung und intensiver Beratung und Begleitung durch Lehrkräfte abhängt. Eine längerfristige bis dauernde Bindung kommt erfahrungsgemäß dann zustande, wenn Jugendliche ohne ausreichende Zukunftsperspektive durch geschulte, überzeugte Agitatoren der rechtsextremistischen Szene beeinflusst werden und dieser Einfluss bis hin zu Abhängigkeiten gesteigert wird, die eine Zugehörigkeit zu „Geheimzirkeln“ als Lebensperspektive und „Dauerversorgung“ versprechen und die Abwendung von ihnen als Verrat an der

Gemeinschaft bewerten und möglicherweise bestrafen. Solche Jugendlichen und junge Erwachsenen sind schwer erreichbar für demokratische Grundeinstellungen.

5. Ideologische Hegemoniebestrebungen

5.1 Gibt es Untersuchungen und Erkenntnisse über die Verbreitung von rechtsextremem Gedankengut oder Teilen davon über organisierte Gruppen hinaus in weiteren Teilen der Bevölkerung?

Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse extremistischer Parteien zeichnen kein vollständiges Bild über die Verbreitung extremistischer Einstellungen in der Bevölkerung. Sozialwissenschaftliche Studien liefern deshalb wichtige zusätzliche Hinweise über den Zustand der „politischen Kultur“. Sie dienen auch als „Hintergrundinformationen“ zum Themenkreis politischer Extremismus. Aufgrund der besonderen methodischen Voraussetzungen dieser Studien (zum Beispiel der Formulierung von Fragen und der Berechnung von Skalenwerten) ist es allerdings nicht sinnvoll, einzelne Prozentwerte zu bestimmten Einstellungen als Fixpunkte zu betrachten, vielmehr kommt es auf die Analyse von Trends und Strukturen an.

Das rechtsextremistische Einstellungspotenzial, das nach der SINUS-Studie von 1979/80 bei 13 bis 15 % der über 18-Jährigen gelegen hat, hat sich nach einer Untersuchung von Niedermeyer/Stöss im Frühjahr 1998 praktisch nicht verändert: bundesweit 13 %, in Westdeutschland 12 % (Schleswig-Holstein 11 %), in Ostdeutschland 17 % (s. Stöss, S. 31, 34). Nach beiden Untersuchungen neigen jüngere Leute unterdurchschnittlich, ältere Personen überdurchschnittlich zu rechtsextremistischen Einstellungen. Bei Niedermeyer/Stöss liegt die Schnittstelle bei 45 Jahren (s. Stöss, S. 34).

Eingeschränkter konzipierte Datenerhebungen oder Sekundärdatenanalysen einzelner Institute und Wissenschaftler beziffern das rechtsextremistische Einstellungspotenzial in der Bevölkerung zwischen 4 und 7 %. Die Differenz ergibt sich durch unterschiedliche Verwendung und Gewichtung von Items. Auch wenn somit keine exakten Zahlenangaben gemacht werden können, zeigt sich, dass das Sympathiepotenzial für rechtsextremistische Ideologie über den organisierten Rechtsextremismus hinausgeht. Das heißt, Einstellungen, die dem Bereich Extremismus zugeordnet werden können, finden sich auch bei Wählern nicht-extremistischer Parteien. Bei vielen

Wählern und natürlich den Mitgliedern extremistischer Parteien verdichten sie sich jedoch.

5.2 Welche besondere Rolle spielen vor diesem Hintergrund die Entwicklung von autoritärem Denken, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus oder "Antiziganismus"?

Seit den Fünfzigerjahren liegen - mit bundesweitem Anspruch durchgeführte - sozialwissenschaftliche Studien vor, die einen kontinuierlichen und auch für Schleswig-Holstein geltenden Nachweis darüber liefern, dass zwischen 10 und 15 % der (bundes-) deutschen Bevölkerung über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen bzw. nachweislich in besonderer Weise durch autoritäres Denken, antisemitische und - in den letzten Jahrzehnten zunehmend - ausländerfeindliche Ansichten gekennzeichnet sind (s. 5.1).

Dem Wandel unterliegt in den letzten fünf Jahrzehnten offenbar lediglich der Aspekt, wie weit und wie offen sie jeweils ihre Ansichten im öffentlichen Raum äußern und wie deutlich sie sich im aktiven Handeln etwa an der Wahlurne oder in Beifallsäußerungen für Aktivisten des rechtsextremen Spektrums ausdrücken. Seit den Fünfzigerjahren wurden in der (alten) Bundesrepublik förmliche Wellen rechtsextremer Handlungen (Friedhofsschändungen, Attacken auf Ausländer) und rechtsextremer Wahlerfolge (NPD, DVU, Listen zur Ausländerbegrenzung) verzeichnet. Seit der Wiedervereinigung ist immer deutlicher erkennbar ein differenzierendes Ost-/West-Gefälle hinzugekommen.

5.3 Welche Rolle spielt der politische Einfluss ausländischer rechtsextremer Parteien auf die rechtsextreme Szene in Schleswig-Holstein?

Über derartige Einflüsse gibt es keine Informationen.

6. Rechtsextremismus in Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung, Kultur

6.1 Wie haben sich in den letzten Jahren rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen bei Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein entwickelt?

Im Zuge dieser Großen Anfrage hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur eine Umfrage in allen Schulen mit der Sekundarstufe I und/oder Sekundarstufe II vorgenommen.

Nach Einschätzung der Schulen sind rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen bei Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein überwiegend gering verbreitet. Weit über 90 % der Schulen melden in dieser Hinsicht kein auffälliges Verhalten. Festzustellen sind unterschiedliche Entwicklungen rechtsextremer und ausländerfeindlicher Einstellungen. So gibt es Schulen, die einen Anstieg verzeichnen, aber auch Schulen, die eine Abnahme derartiger Einstellungen feststellen. Beide Größenordnungen sind fast identisch. Ein signifikanter Anstieg solcher Einstellungen insgesamt ist nicht zu verzeichnen.

Nicht zu bestreiten ist allerdings, dass es in Einzelfällen deutliche rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen gibt, die sich in Form von Schmierereien an Schulgebäuden und auch in gewalttätigen Übergriffen äußern.

6.2 Haben rechtsextreme Organisationen oder Personen Versuche der Werbung und Rekrutierung unter Schülerinnen und Schülern unternommen?

Versuche der Werbung und Rekrutierung unter Schülerinnen und Schülern haben in geringem Umfang stattgefunden, zum Beispiel durch Flugblätter. Die Schulen haben die Verteilung sofort unterbunden.

Dass von Seiten des „Club 88“ in Neumünster-Gadeland Versuche der Werbung und Rekrutierung unter Schülerinnen und Schülern stattgefunden haben, wird von den Lehrkräften der Schule nicht ausgeschlossen.

6.3 Welche Medien wurden oder werden dabei eingesetzt?

Es wurden in diesen Fällen Flugblätter unter anderem mit Hinweisen auf Konzerte verteilt oder es wurde durch das Internet zu Veranstaltungen aufgerufen. Einige Schulen berichten von gezielter Werbung im Internet und über Handys (SMS).

6.4 Welche Rolle spielen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit bei gewalttätigem Verhalten von Schülerinnen und Schülern?

Gewalttätigkeiten spielen an den Schulen Schleswig-Holsteins erfreulicherweise keine große Rolle. Dort, wo sie auftreten, ist ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit und gewalttätigem Verhalten nur in geringem Umfang zu beobachten. Gleichwohl geben eine Reihe von Schulen an, dass ein teilweiser Zusammenhang besteht. Die Ursachen hierfür könnten darin be-

gründet sein, dass bei auftretenden Konflikten latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit die Hemmschwelle für eine gewaltsame Konfliktregelung herabsetzt.

6.5 Sind Lehrerinnen oder Lehrer in Schleswig-Holstein als aktive Mitglieder rechtsextremer Parteien oder Vereinigungen bekannt geworden, oder sind sie sich innerhalb oder außerhalb der Schule durch rechtsextreme oder ausländerfeindliche Äußerungen aufgefallen? Wenn ja, welche Konsequenzen wurden gezogen?

Dem Ministerium ist keine Lehrkraft bekannt geworden, die aktives Mitglied einer rechtsextremen Partei oder Vereinigung ist.

Lediglich im Jahr 1997 ist einem ehemaligen Mitglied der NPD nach der Zweiten Staatsprüfung wegen diffamierender und ausländerfeindlicher Äußerungen die Übernahme in das Beamtenverhältnis verweigert worden. Mit derselben Begründung wurde ein auf ein Jahr abgeschlossener Aushilfsangestelltenvertrag nicht verlängert. Eine von der Lehrkraft gegen die Befristung des Vertrages erhobene Klage hat das Landesarbeitsgericht in zweiter Instanz zurückgewiesen. Über die hiergegen eingelegte Revision hat das Bundesarbeitsgericht noch nicht entschieden.

Im übrigen vgl. Antwort zu 2.11.

6.6 In welcher Weise sind in den letzten Jahren an den staatlichen und privaten Hochschulen in Schleswig-Holstein rechtsextreme oder ausländerfeindliche Einstellungen, Äußerungen oder Handlungsweisen aufgetreten?

An den staatlichen und privaten Hochschulen Schleswig-Holsteins sind folgende rechtsextreme oder ausländerfeindliche Vorfälle der Landesregierung bekannt:

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Im Mai 1998 erhielt ein wissenschaftlicher Mitarbeiter mit amerikanischer Staatsbürgerschaft einen ausländerfeindlich gesinnten Drohbrief. Der Betroffene hat eine Anzeige wegen Nötigung erstattet. Der Fall wurde an den Verfassungsschutz weitergeleitet. Ein Täter konnte nicht ermittelt werden.

Im Februar 1998 hat die „Deutsche Hochschulgilde Theodor Storm“ zu einer Veranstaltung „Ökologie und Religiosität“ eingeladen. Der Redner auf dieser Veranstaltung wurde von sechs kurzgeschorenen, mit Bomberjacken und Springerstiefeln bekleideten jungen Männern begleitet, die als „Saalordner“ fungierten und der rechtsradikalen Szene zuzuordnen waren. Es hat daraufhin ein Gespräch zwischen der Hoch-

schulleitung und der Hochschulgruppe stattgefunden, in dem klargelegt wurde, dass ein solches Verhalten an der Universität nicht geduldet werde. Die Hochschulgruppe ist seitdem nicht mehr aufgetreten.

Fachhochschule Lübeck

In einem Fall wurde der Verwaltungsleitung der Fachhochschule Lübeck von ausländerfeindlichen Äußerungen berichtet, die im Nachgespräch unter den Teilnehmern eines Personalvorstellungsgespräches aufgetreten sein sollten. Die Verwaltungsleitung nahm den Bericht zum Anlass für ein Personalgespräch, in dem einvernehmlich festgestellt wurde, dass derartige Einstellungen in der Hochschule nicht geduldet werden.

Ferner haben Unbekannte die Außenwand eines Hochschulgebäudes am 10.11.1998 mit Hakenkreuzgraffities verunreinigt. Die Strafverfolgung verlief ohne Ergebnis.

Muthesius-Hochschule

Anfang 1999 bestanden bei den freien Websites der Studierenden Links zu rechtsextremen Websites. Auf Nachprüfung konnte die Leitung der Hochschule die Setzung nicht nachvollziehen. Sie wurde sofort gelöscht.

6.7 Sind Hochschullehrerinnen oder -lehrer an schleswig-holsteinischen Hochschulen als aktive Mitglieder rechtsextremer Parteien oder Vereinigungen bekannt geworden, oder sind sie sich innerhalb oder außerhalb der Schule durch rechtsextreme oder ausländerfeindliche Äußerungen aufgefallen? Wenn ja, welche Konsequenzen wurden gezogen?

Nein.

6.8 Welche organisatorischen Strukturen und Medien an den Hochschulen sind ganz oder teilweise als rechtsextrem oder ausländerfeindlich anzusehen?

Es sind keine bekannt.

6.9 Sieht die Landesregierung Auswirkungen des Urteils des High Court in London vom 11.04.2000 gegen den Holocaust-Leugner David Irving auf Vertreter des Geschichtsrevisionismus?

Die Landesregierung hat keine Erkenntnisse über Auswirkungen des genannten Urteils, das bislang nur über die Berichterstattung der Medien bekannt ist, auf schleswig-holsteinische Rechtsextremisten. Es wurde lediglich von einem inzwischen fast

unbedeutenden Betreiber eines so genannten Nationalen Info-Telefons (NIT) erwartungsgemäß kommentiert: Vieles, was im Prozess zum Holocaust gesagt worden sei, sei so brisant, dass in den Medien darüber nicht berichtet werde (NIT vom 11.04.2000).

6.10 Hat es in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein rechtsextrem motivierte Anschläge gegen Bildungseinrichtungen, Mahnmalen für die Opfer des II. Weltkriegs bzw. der nationalsozialistischen Völkermorde oder jüdische Grabstätten gegeben? Wenn ja, wurden diese Straftaten aufgeklärt, und zu welchen Sanktionen kam es?

Als Anschläge gelten versuchte oder vollendete Tötungsdelikte, Brand- und Sprengstoffanschläge.

Mehrere Brandstiftungen im Raum Lübeck beunruhigten seit 1995 die Bevölkerung. In der öffentlichen Diskussion wurde von politischer oder fremdenfeindlicher Motivation ausgegangen:

- 07.05.1995: Brandstiftung an der Synagoge in Lübeck. Die Ermittlungen haben nach Aussagen des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein einen politischen Hintergrund nicht bestätigt. Ein rechtsextremistisch motivierter Anschlag konnte vermutet werden.
- 25.05.1997: Schwere Brandstiftung in der St. Vicelin-Kirche in Lübeck. Tatmotiv dürfte eine fremdenfeindliche Grundhaltung gewesen sein. Der - für die Inbrandsetzung allein verantwortliche - Heranwachsende wurde wegen Brandstiftung und wegen Verwendens von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation von der Jugendkammer des Landgerichts Lübeck zu einer Jugendstrafe von einem Jahr mit Strafaussetzung zur Bewährung verurteilt.
- 27.02.1997: Brandstiftung auf dem Grundstück des Lübecker Bischofs Kohlwege. Die Tat wurde nicht aufgeklärt.
- 1995 bis 1999 kam es im Bereich des jüdischen Friedhofs in Lübeck-Moisling mehrfach zu Hakenkreuz-Schmierereien, Sachbeschädigungen und Störungen der Totenruhe (Umwerfen von Grabsteinen), und zwar letztmalig in den Monaten Juli bis September 1999. In dieser Zeit sprühten Täter acht Hakenkreuze und zwei SS-Runen, zerstörten zehn Fenster der Gebetshalle und traten bzw. warfen 25 Grabsteine um. Umfangreiche Ermittlungen ergaben, dass die Täter dem Kinder- und Jugendmilieu des Stadtteils Moisling zuzuordnen sein dürften. Für einen Teil-

bereich konnten ein Kind und ein Jugendlicher überführt werden. Bei der Vernehmung bzw. Anhörung stellte sich heraus, dass die Taten ohne jegliche politische Motivation begangen wurden.

6.11 Welche kulturellen Vereinigungen, Initiativen oder Aktionen mit rechtsextremem oder ausländerfeindlichem Hintergrund gibt es in Schleswig-Holstein?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

6.12 Hat es, der Einladung des wegen schwerster Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund vorbestraften Manfred Roeder zu einem Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr vergleichbare, Auftritte von Rechtsextremisten an Bildungseinrichtungen im Land gegeben? Wenn ja, welche Verantwortlichkeiten wurden festgestellt und welche Konsequenzen wurden gezogen?

Nein.

7. Abwehr des Rechtsextremismus

Was versteht die Landesregierung unter der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus? Welche in dieser Hinsicht geeigneten Maßnahmen führt sie durch und wie will sie diese fortentwickeln?

Die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus will der Entwicklung, Übernahme oder Verbreitung rechtsextremistischer Überzeugungen und Handlungsmuster entgegenwirken und das demokratische Bewusstsein stärken. Zur Jugend-, Schul- und Hochschularbeit an diesem Thema wird unter den nachfolgenden Gliederungsziffern Stellung genommen. Vorab wird gesondert auf die Erwachsenenbildung eingegangen. Zum einen wäre der alleinige Blick auf Jugendliche ohne die Frage nach der Herkunft politischer und ethischer Orientierungen verkürzt. Gewalttätiges Handeln und Fremdenfeindlichkeit wurzeln unter anderem in Erlebnissen mit und in Vorbildern von Erwachsenen. Zudem bilden Veränderungen der Erwachsenen-Lebenswelt eine wesentliche Erklärung für die aktuelle Gewalteskalation. Demnach sind Verlust von Anerkennung, sozialen Sicherheiten und sozialem Zusammenhalt, unter anderem in der Familie, verbunden mit der Zerstörung gemeinsamer „sozialer“ Zeit wesentliche Ursachen. Diese Entwicklungen werden in der Erwachsenenbildung in ihren politischen und gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen thematisiert, zugleich findet hier, in den Volkshochschulen ebenso

wie bei Seminaren der Bildungsstätten, eine soziale Vergemeinschaftung statt, die Toleranz und Zusammenhalt fördert.

Erwachsenenbildung

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gewalt gehört seit vielen Jahren zu den Aufgaben der Landeszentrale für Politische Bildung, des Landesverbands der Volkshochschulen Schleswig-Holstein e. V. und der Volkshochschulen sowie der so genannten parteinahen Stiftungen und Bildungseinrichtungen.

Landeszentrale für Politische Bildung

Der Maßnahmenkatalog der Landeszentrale (LZ) umfasst seit über einem Jahrzehnt Informations- und Aufklärungsarbeit zum Problemkomplex Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus. Die folgende Darstellung der Aktivitäten im Rahmen dieses vorrangigen Schwerpunktes stellt eine Auswahl aus der Vielzahl der Seminare, Vorträge, Informationsschriften, Broschüren und anderer Aufklärungsmaßnahmen sowie des Umfangs ihrer Nutzung dar:

- Forum Politik „Rechtsextremismus in Deutschland - Überkommene oder kommende Gefahr?“ am 13.10.1999. Die Tagung mit über 100 Teilnehmenden untersuchte sowohl den parteipolitischen Rechtsextremismus (DVU, „Republikaner“) als auch das Phänomen der Jugendgewalt in den neuen Bundesländern („Die Spirale aus Arbeitslosigkeit, Fremdenhass, Alkohol und Gewalt“).
- In mehreren Seminaren wurde die Frage der Integration von Ausländerinnen und Ausländern und ihr Ausgesetztsein fremdenfeindlicher und rechtsradikaler Gewalt behandelt, zum Beispiel in den Seminaren „Ich bin Deutschländer, na und?“ oder „Sprache und Verständigung“.
- Zur so genannten „Schlussstrich-Debatte“ im Hinblick auf die Verbrechen der NS-Diktatur wurden mehrere Seminare und Vorträge durchgeführt: „Ewige Schuld? - Junge Deutsche, junge Europäer und die NS-Vergangenheit“, „Schuldig geboren? - Zum Fortwirken oder Nicht-Fortwirken der NS-Verbrechen heute, morgen und übermorgen“ (Vortrag vor 400 Polizeianwärter/innen und Anwärter/innen für den gehobenen Verwaltungsdienst in der VFHS Altenholz), „Das kollektive Kainsmal auf der Stirn?“

- Die Landeszentrale hat sich der in dem Buch des Harvard-Historikers Daniel Jonah Goldhagen „Hitlers willige Vollstrecker - Ganz normale Deutsche und der Holocaust“ unterbreiteten Forderung gestellt, sich mit der Generation und Geschichte von NS-Tätern auseinanderzusetzen. So gelang es, in das internationale Ferienjugendlager „Wegzeichen - Todesmarsch Auschwitz - Ahrensböck“ mit Teilnehmer/innen aus Deutschland, Polen, Tschechien und Weißrussland im Sommer 1999 auch den SS-Oberscharführer einzubeziehen, der den Todesmarsch 1945 „geleitet“ hatte.
- 20 Jahre nach der Welle links- und rechtsterroristischer Attentate und Gewalt in Europa wurde in einem Medienseminar die Ermordung Aldo Moros mit Bezügen zu der Ermordung Hanns Martin Schleyers untersucht (09.05.1998).
- Das zwei- bzw. dreitägige Überblickseminar „Rechtsextremismus in Deutschland und Europa“ wurde mehrfach durchgeführt, unter anderem in der Akademie Sankelmark und allein dreimal mit Marineverbänden in Kappeln-Olpenitz.

Ständiger Bestandteil der einwöchigen Studienfahrten nach Berlin mit Lehrerinnen und Lehrern ist der Besuch der Stätte „Topographie des Terrors“ (Gestapo-Zentrale), Haus der Wannsee-Konferenz (Entfesselung des Holocaust) und Neue Synagoge - Zentrum Judaicum in der Oranienburger Straße.

In einer Reihe von Broschüren ihrer Schriftenreihe „Gegenwartsfragen“ hat sich die LZ direkt oder mittelbar mit den Gefahren des Rechtsextremismus auseinandergesetzt (Auflage jeweils 8.000 Exemplare):

- Nr. 75: Frakturen. Das Verfahren vor dem OLG Schleswig über den Anschlag auf die Lübecker Synagoge am 25.03.1994, 1995,
- Nr. 77: Dem Rechtsextremismus begegnen, 1995,
- Nr. 78: Ursula Dinse, Das vergessene Erbe. Jüdische Baudenkmale in Schleswig-Holstein, 1995,
- Nr. 76: Doppelkopf. Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen, 1995,
- Nr. 79: NS-Herrschaftsorganisationen in Schleswig-Holstein, 1996,
- Nr. 80: Ole Harck, Jüdische Vergangenheit - Jüdische Zukunft, 1998.

Das Publikationsverzeichnis der LZ enthält zahlreiche Printmedien zur Thematik, die von Multiplikatoren abgerufen werden können (s. Literaturhinweise).

Für 2001 sind folgende Seminare geplant:

- Rechtsextremismus im Internet: Gefahrenanalyse von Homepages und weiterführenden Links
In Zusammenarbeit mit dem Landesmedienzentrum für Lehrer/innen aller Schularten
- Rechtsextremismus in Deutschland und Europa: Erscheinungsformen und Gewaltpotenzial (offenes Seminar)
- Täterkinder sprechen: Nachkommen nationalsozialistischer Führungspersonen stellen sich der Auseinandersetzung und dem Gespräch (offenes Seminar)
- Einzelvorträge zu inner- und außerparlamentarischen Formen des Rechtsextremismus

Volkshochschulen

„Klar und einfach: Wir sind gegen Fremdenhass und Rassismus. In den Volkshochschulen finden jeden Tag multikulturelles Leben und multikultureller Umgang statt. Und wir wollen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.“

(Aus dem Aufruf: Wir halten dagegen: Die deutschen Volkshochschulen)

Bereits 1994 fand auf Anregung des Landesverbands der Volkshochschulen ein bundesweiter Aktionstag der Volkshochschulen „Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt“ mit einer großen öffentlichen Veranstaltung im Kieler Landeshaus statt. Anlässlich dieses Aktionstages erschien die Handreichung von Willy Klawe und Jörg Matzen: Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt - „Das Ende der Gemütlichkeit“ (2. Auflage).

Das Thema „Rechtsextremismus“ wird von Volkshochschulen in unterschiedlichen Zusammenhängen bearbeitet:

- Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus kann gleichzeitig insbesondere gegen die unreflektierte und „unwissende“ Reproduktion nationalsozialistischer Ideologie in Form von dumpfen Schlagworten und Parolen wirken.
- Maßnahmen zur Gewaltprävention und Auseinandersetzung mit dem Phänomen Gewalt kann der Empfänglichkeit von Jugendlichen für die Gewaltszene und der Gewalt in der rechtsradikalen Szene entgegenwirken.
- Die Schaffung einer multikulturellen Atmosphäre kann dem Rechtsextremismus seine ausländerfeindliche Spitze nehmen.

Insbesondere in den Maßnahmen für Jugendliche zum nachträglichen Hauptschulabschluss oder in anderen Maßnahmen für Jugendliche an Volkshochschulen ist die Vermittlung eines demokratischen, antirassistischen, multikulturellen Gesellschaftsbildes erklärtes Ziel und Gegenstand des Unterrichts. In einigen Orten beteiligen sich Volkshochschulen an Arbeitsgruppen der kommunalen Räte für Kriminalitätsverhütung oder arbeiten in Kooperation mit anderen Einrichtungen, zum Beispiel der Jugendsozialarbeit zusammen gegen Rechtsextremismus und Gewalt.

Der **Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e. V.** initiierte zusammen mit dem Bildungswerk „anderes lernen – Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein“ ein Begleitprogramm zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“, die Anfang 1999 in Kiel gezeigt wurde. An diesem Programm beteiligten sich rund 40 Veranstalter/innen mit ca. 70 Veranstaltungen. Die Veranstaltungen wurden von mehr als 5.000 Menschen besucht. Im Rahmen dieses Programms fand auch ein Projekt speziell für Jugendliche statt: „Jugendliche auf Spurensuche - Wehrmacht und Nationalsozialismus in Kiel“.

Im Frühjahr 2000 erschien die Broschüre „Politische Bildung in Schleswig-Holstein. Einrichtungen und Initiativen“. Herausgeber ist die „Initiative Politische Bildung“, bestehend aus dem Landesverband der Volkshochschulen, der Landeszentrale für politische Bildung und der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben. In dieser Broschüre sind zahlreiche Einrichtungen aufgenommen worden, die das Thema „Rechtsextremismus“ in Zusammenhang zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus stellen. Einige Einrichtungen wenden sich speziell an Jugendliche.

An den einzelnen Volkshochschulen gibt es zahlreiche Aktivitäten und Angebote gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit im Programmbereich „Politische Bildung“:

Beispielsweise ist die VHS Wedel Mitglied im regionalen Arbeitskreis gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit, veranstaltet eine Geschichtswerkstatt mit entsprechenden Themen und eine Ausstellung „Wedel unter dem Hakenkreuz“.

An zahlreichen Volkshochschulen fanden Vorträge zum Themenkomplex statt, etwa VHS Ahrensburg: „Rechtsradikaler Propaganda mit Argumenten Paroli bieten?“; VHS Neumünster: Veranstaltungsreihe zur „Reichskristallnacht“ 1998.

An der VHS Lübeck fanden Vorträge zu „Ausgewählte Kapitel zur Geschichte des nationalsozialistischen Staats“, „Deutsche Geschichte im Überblick - 19. und 20. Jahrhundert“ einschließlich einer intensiven Auseinandersetzung mit Vorgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches statt.

Die VHS Heide hat eine breite Veranstaltungspalette angeboten:

- „Vergangenheitsbewältigung“ in Schleswig-Holstein nach 1945 im Wandel, 1998
- „Am preiswertesten und am besten bei Gerstel“ - die Geschichte einer Mützenfabrik und der Vertreibung ihrer Besitzer, 1998
- Der Judenmord im Reichskommissariat Ostland - ein schleswig-holsteinischer Verwaltungsbeitrag zum Zweiten Weltkrieg, 1999
- Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein 1914 - 1945, 2000
- Juden in Norderdithmarschen im 19. Jahrhundert, 2000
- „Was aus uns wird, bleibt ein Rätsel“ - Emigration, Vertreibung und Flucht der Juden aus Schleswig-Holstein 1933 - 1941, 2000
- Historische Ausstellung: „Vergessene Kinder“. Jüdische Kinder und Jugendliche aus Schleswig-Holstein 1933 - 1945, 1999
- Historische Ausstellung: „Deutsche Jüdische Soldaten“ - Von der Epoche der Emanzipation bis zum Zeitalter der Weltkriege, 2000

Veranstaltungen der VHS Kiel:

- Jüdisches Leben in Kiel in der Zeit des Dritten Reiches. Vernichtung des jüdischen Lebens von 1933 - 1945, 1998
- Wider das Vergessen - „Erinnern schafft Zukunft“. Gedenken an die Reichspogromnacht, 1998
- Zur Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich, 1998
- „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ - Brutaler Nationalismus statt liebevoller Väterlichkeit, 1999
- Verdrängte Erinnerungen, überdeckte Überlieferungen: Akteurinnen im Nationalsozialismus, 1999
- Interregionales Forum: Gespräch über Grenzen - „Umgang mit der Vergangenheit“: Fragen an die deutsche und dänische Geschichte, 2000

Die VHS Pinneberg veranstaltet seit vielen Jahren eine Geschichtswerkstatt, die eigene Bücher herausgibt. Auch andere Volkshochschulen bieten diese Form der geschichtlichen Auseinandersetzung an, etwa als Projekt Spurensuche (VHS Flintbek). Insgesamt fanden 1999 an den Volkshochschulen rund 350 Kurse mit 7.500 Unterrichtsstunden und 5.000 Belegungen im engeren Bereich der politischen Bildung statt, wobei die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einen Schwerpunkt bildete.

Bildungsstätten

In den öffentlich geförderten Bildungsstätten, aber auch in den nicht befragten zahlreichen Weiterbildungseinrichtungen von Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Verbänden, findet eine rege Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit statt. Dies reicht bis hinein in berufliche Bildungsmaßnahmen, wo ein friedliches Miteinander, interkulturelles Lernen und multikultureller Umgang zunehmend thematisiert werden.

In den Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten werden im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Thema „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ insbesondere drei Ansätze verfolgt:

- unmittelbarer Kontakt mit fremden Menschen und Kulturen,
- direkte Thematisierung,

- Verknüpfung mit anderen Themen.

Beispielsweise führen Europäische Akademie Schleswig-Holstein/Akademie Sankelmark Seminare und Tagungen durch, die darauf zielen, die Generation der Großeltern, die eigene Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus weitergeben kann, mit jungen Menschen zusammenzuführen; ebenso wird jungen Menschen verschiedener Nationen die Möglichkeit des gegenseitigen Austausches geboten. Die Evangelische Landvolkshochschule Koppelsberg thematisiert im Rahmen von Zielgruppenseminaren, etwa für Strafentlassene, Strafgefangene, Aussiedler und Sozialhilfeempfänger, faschistoide und nationalistische Denk- und Verhaltensmuster. Der Jugendhof Scheersberg führt regelmäßig deutsch-polnische Seminare in Zusammenarbeit mit der Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz durch. Außerdem werden Seminare für Aussiedlerkinder und deutsch-polnische Begegnungen angeboten, in deren Verlauf auch über Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit diskutiert wird.

Im Nordkolleg Rendsburg wird die Thematik in speziellen Seminaren, aber auch in Form multikultureller musikpädagogischer Konzepte bearbeitet. Beispielsweise wurden in einem Seminar Kompositionen von vor dem Nationalsozialismus emigrierten Komponistinnen und Komponisten interpretiert, ein anderes trägt den Titel: „Die Rolle der Musik im Holocaust“. Die Arbeit der Ostsee-Akademie ist auf Verständnis und Verständigung zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn im Osten und Norden gerichtet. Die Begegnung von deutschen Teilnehmern mit Teilnehmern aus den Nachbarstaaten, unter anderem Polen, Tschechien, Slowakei, Ukraine, Weißrussland, Russland, Litauen, Lettland, Estland, trägt zur Überwindung von Vorurteilen oder gar feindseligen Haltungen bei. Höhepunkte des Angebots sind die studentischen Sommerschulen und deutsch-polnische Schülerseminare.

Die Landesregierung wird gebeten, dabei insbesondere auf folgende Aspekte einzugehen:

7.1 Welche besonderen Maßnahmen ergreift die Landesregierung vor diesem Hintergrund in Bezug auf Jugendliche?

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) ist durchgängig von einer Ausrichtung auf Prävention und nicht durch repressive, sanktionierende und eingriffsorientierte Maßnahmen geprägt.

Demgemäß haben die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe unter anderem die soziale Einbindung von jungen Menschen, die Förderung der Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung, die Ergänzung der sonstigen Bildungsangebote, die Herausbildung eines kritischen Bewusstseins, die Stärkung der persönlichen Widerstandskraft gegenüber möglichen Gefährdungen, die Unterstützung einer sinnvollen Lebensplanung und -gestaltung, den Abbau von Vorurteilen und die Entwicklung von Toleranz zum Ziel. Damit wirken sie, wenn sie erfolgreich umgesetzt werden können, auch jeglicher fremdenfeindlichen, rechtsextremen und gewaltbejahenden Einstellung und einem entsprechenden Handeln präventiv entgegen.

Dementsprechend fördert das Land aus Jugendhilfemitteln

- Maßnahmen der außerschulischen politischen Jugendbildung,
- diverse Projekte zu dieser Thematik; hingewiesen werden soll insbesondere auf die Streetwork-Projekte, die im Zusammenhang mit dieser Thematik eingerichtet worden sind,
- die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule als präventive Maßnahme; hierbei handelt es sich insbesondere um außerschulische Betreuungs- und weiterführende Bildungsangebote,
- öffentlichkeitswirksame interkulturelle Veranstaltungen und multikulturelle Jugendfreizeiten,
- den internationalen Jugendaustausch.
- Ebenfalls als präventive Maßnahme fördert das Land die Demokratiekampagne und Beteiligungsprojekte, die zum Ziel haben, dass Kinder und Jugendliche lernen, auf demokratischer Basis ihre Interessen zu vertreten und Verantwortung zu übernehmen.
- Der Landesjugendhilfeausschuss setzt sich regelmäßig mit den Themen „Gewalt“ und „Rechtsextremismus“ auseinander und entwickelt fachliche Vorschläge.
- Das Land fördert Antiaggressionstraining mit Gewalttätern.
- In der Kooperation von Schule und Jugendarbeit wird die Ausbildung von „Konfliktlotsen“ unterstützt.

Die präventive Arbeit der Schulen im Hinblick auf die Bekämpfung von Gewalt, Diskriminierung und Rechtsextremismus wird seit 1995 auf eine breite Basis gestellt. Es hat sich gezeigt, dass präventives Arbeiten unter Ausnutzung aller Kooperations-

möglichkeiten besonders erfolgreich ist. Die Zusammenarbeit der Schule mit verschiedensten Trägern der Jugendarbeit im Rahmen von schulbezogenen Netzwerken ergänzt die unterrichtliche Arbeit durch Aspekte der Freizeitpädagogik und außerschulische Beratung und Begleitung der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien. Dabei greift die Erkenntnis zunehmend Raum, nach der eine Fokussierung der Arbeit auf so genannte Problemgruppen weniger hilfreich ist als die Entwicklung eines geeigneten Schulklimas für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer jeweiligen Herkunft und des sozialen Hintergrundes.

In allen Schulaufsichtsbezirken des Landes arbeiten mittlerweile Schulen aller Schularten in einer zunehmenden Anzahl an gemeinwesenorientierten, stadtteilbezogenen Schulprojekten. Diese Projekte sind den je individuellen Gegebenheiten der jeweiligen Schule und ihres Umfeldes angepasst. Sie zielen alle auf die Stärkung der Persönlichkeit. Wenige Beispiele für zahlreiche derartige Projekte seien genannt:

- Vorbereitung und Durchführung von Schulpartnerschaften im baltischen Raum,
- „Stadtteil und Schule“ (in Kooperation verschiedener Schularten zum Thema „Freizeitgestaltung“),
- „Freizeitprojekte“,
- „Pädagogischer Mittagstisch“,
- „Der Jugendclub“,
- das Projekt zur „Integration von Sinti und Roma“,
- die Kooperation zwischen einem Gymnasium mit einer zentralen Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge,
- das Projekt einer Schule zur Auseinandersetzung mit den Folgen von Rechtsextremismus (ausgezeichnet auf Landesebene),
- das Projekt „Schule ohne Rassismus“ einer Schule im Raum Pinneberg,
- das Projekt „Schulbusbegleitung“,
- die gewaltpräventive Arbeit an einer Gesamtschule,
- die interkulturelle Ausrichtung der unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Arbeit eines Gymnasiums in Lübeck.

Eine besondere Stellung nehmen dabei die Aktivitäten der Grund- und Hauptschule Gadeland in Neumünster ein. Diese Schule muss sich mit der direkten Nachbarschaft des „Clubs 88“ auseinandersetzen. Die Schule setzte den Slogan „Bunte

Vielfalt gegen Braune Einfalt“ dadurch um, dass sie ihren Schulzaun gegenüber dem Club als Signalträger benutzte und ihn in einer Gemeinschaftsaktion farbenprächtig gestaltete. Die Teilnahme an den Demonstrationen des „Bündnisses gegen rechts“ und die Teilnahme an einer Mahnwache vor dem Club war für Vertreterinnen und Vertreter der Schule selbstverständlich.

Seinen Höhepunkt fand die positive Auseinandersetzung der gesamten Schule mit der Problematik in einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und der Stadt Neumünster zum Thema „Schule für Toleranz - gegen Gewalt,,.

Unterstützt durch eine zusätzliche Lehrerplanstelle, den Einsatz eines Streetworkers der Stadt Neumünster, dem Angebot von Gesprächsmoderatoren durch den Kirchenkreis und Hilfe durch die Polizei und örtliche Vereine soll ein Angebot von der Schule entwickelt werden, das an den Nachmittagen und den frühen Abenden Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen soll.

Den Sympathisanten des Clubs machte der Staatssekretär des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur das Angebot, mit ihnen auf neutralem Boden und unter Moderation durch den Kirchenkreis zu diskutieren.

Außerdem kooperiert eine zunehmende Zahl von Schulen mit lokalen Räten für Kriminalitätsverhütung.

Die Schulaufsicht investiert für viele Projekte in je nach Projekt unterschiedlichen Größenordnungen Planstellenressourcen. Die beteiligten Träger (Vereine, Verbände sowie Dienststellen des Landes, der Kreise und Kommunen) geben Honorar- und Sachmittel dazu.

7.2 Wie steht die Landesregierung zur sogenannten „akzeptierenden Jugendarbeit“?

Der Begriff der „akzeptierenden Jugendarbeit“ wird in Theorie und Praxis vielfach missverstanden. In der Jugendarbeit mit gewaltbereiten und rechtsorientierten Jugendlichen ist der Aufbau einer gegenseitigen Grundakzeptanz und einer verständlichen pädagogischen Beziehung selbstverständliche Voraussetzung für einen pädagogischen Zugang und entsprechende Interventionen. Akzeptanz muss sich dabei auf die Person, darf sich nicht auf jegliche Verhaltensäußerung des Denkens und Handelns beziehen.

Eine „akzeptierende Jugendarbeit“ ist dann zu vertreten, wenn sie sich gleichzeitig kritisch mit fremdenfeindlichem Denken und gewalttätigem Verhalten auseinandersetzt und klare Grenzen aufzeigt.

Prof. Krafeld selbst, der Anfang der Neunzigerjahre den Begriff der „akzeptierenden Jugendarbeit“ geprägt hat, präferiert heute den Begriff einer „gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit“, womit schon begrifflich der Blick auch auf die von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt betroffenen Menschen gelenkt und missverständliche Interpretationen vermieden werden sollen. Der neue Begriff impliziert stärker eine Sichtweise und Handlungsstrategie im Sinne von Überparteilichkeit und Einmischung.

7.3 In welcher Weise werden in Schleswig-Holstein im Schulunterricht Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit behandelt?

In die Revision der Lehrpläne für die allgemeinbildenden Schulen sind die Probleme von „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rechtsextremismus“ in den letzten Jahren verstärkt einbezogen worden. Das gilt sowohl für die Lehrpläne der Grundschule und der Sekundarstufe I, die 1997 in Kraft gesetzt worden sind, als auch für die der Sonderschulen und der gymnasialen Oberstufe, die zurzeit überarbeitet werden und die voraussichtlich im Herbst 2002 in Kraft gesetzt werden.

Von den fünf Kernproblemen unserer Zeit, die den Lehrplänen zugrunde gelegt worden sind, beschäftigt sich eins ausschließlich mit den Grundwerten menschlichen Zusammenlebens: dem Frieden, den Menschenrechten, dem Zusammenleben in der Einen Welt mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen, Gesellschaftsformen, Völkern und Nationen. Alle Fachlehrpläne weisen ihre Beiträge zur Auseinandersetzung mit diesen Problemen aus.

Darüber hinaus sind Bereiche wie „Gewalt“, „interkulturelles Lernen“, „Europa“, „Eine Welt“ als Aufgabenfelder von allgemeiner pädagogischer Bedeutung in den Lehrplänen hervorgehoben worden. Hier entwickeln und praktizieren die einzelnen Schulen besonders auch fächerübergreifende und themenzentrierte Arbeits- und Organisationsformen, die der Bedeutung dieser Bildungs- und Erziehungsaufgaben angemessen sind.

Im Zusammenhang mit der Lehrplanarbeit sind diverse Materialien und Unterrichtshilfen in den letzten Jahren entwickelt worden, um die Umsetzung dieser Grundsätze zu gewährleisten. So ist im MBWFK eine Dokumentation zum „interkulturellen Le-

nen in den Lehrplänen“ mit zahlreichen Anregungen und Hilfen für Schule und Unterricht erstellt (1997) und an die Schulen verschickt worden. Eine entsprechende Dokumentation zur „Friedenserziehung in den Lehrplänen“ erscheint im Herbst 2000. In allen Schulen des Landes wird das Thema „Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“ im Schulunterricht behandelt. Die didaktischen und methodischen Möglichkeiten sind vielfältig und werden in unterschiedlichsten Ausprägungen im Fachunterricht und in fachübergreifenden Projekten genutzt. Die nachfolgende Aufzählung gibt lediglich einen Ausschnitt der verschiedenen Behandlungsweisen wieder:

- Einsatz und Behandlung geeigneter Lektüre und geeigneten Filmmaterials.
So trug und trägt die Verteilung des Buches „Erzählt es Euren Kindern, der Holocaust in Europa“ zum Tag der Befreiung von Auschwitz am 27.01.2000 durch die Bildungsministerin dazu bei, die dunkelste Zeit der deutschen Geschichte aufzuarbeiten. Es wurden über 80.000 Exemplare an Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse verteilt. Viele Schulen haben dieses Buch zum Anlass genommen, die Geschichte und die Folgen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein unterrichtlich zu behandeln und dabei das Problem des wachsenden Rechtsradikalismus zu thematisieren.
- Vor und Nachbereitung von Anhörungen und Befragung von Zeitzeugen,
- Vor- und Nachbereitung des Besuchs von Ausstellungen,
- Vor- und Nachbereitung des Besuch von Theateraufführungen,
- Vorbereitung und Durchführung von Schulfesten von und mit multikulturelle Schülergruppen,
- Vorbereitung und Durchführung interkultureller Wochen,
- Vorbereitung und Durchführung von Schulveranstaltungen anlässlich des Tages der Befreiung des KZ Auschwitz,
- Vor- und Nachbereitung von Besuchen in Konzentrationslagern im Rahmen von Klassenfahrten und Schüleraustauschmaßnahmen,
- Einrichtung eines Wahlpflichtkurses „Nationalsozialismus“.

Über ein Fünftel aller Schulen widmet dieser Problematik darüber hinaus fächerübergreifende Projekttag und Projektwochen, in denen Themen wie zum Beispiel Menschenrechte, der Holocaust, das Schicksal von Opfern im näheren Umkreis, der

Nationalsozialismus in der näheren Umgebung, Schule/Kinder im Nationalsozialismus, Kinder in Kriegsregionen, Gewalt gewählt und aufbereitet werden.

Einige Schulen bilden Arbeitsgemeinschaften, die zu konkreten Anlässen Arbeitsmaterialien verfassen, Schulveranstaltungen planen und durchführen. Darüber hinaus werden auftretende Fälle zum Beispiel rechtsextremistischer Äußerungen oder Gewaltanwendungen im Rahmen des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages zum Anlass genommen, sie aktuell zu thematisieren und unterrichtlich zu behandeln.

7.4 Welche Fort- und Weiterbildungsangebote bestehen für Lehrerinnen und Lehrer, und wie werden sie genutzt?

Das Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (IPTS) hat die Arbeit gegen Fremdenhass, Gewalt und Rechtsextremismus als einen Schwerpunkt der zentralen, regionalen und schulinternen Fortbildung in den vergangenen Jahren fortgeführt und zum Teil ausgebaut. Grundlage waren und sind die Empfehlungen des vom Bildungsministerium seinerzeit einberufenen „Gewaltforums“, weiterhin wurden die „Gutachterliche Stellungnahme zur Verbreitung von Gewalt und Aggression an Schulen in Schleswig-Holstein“ von Prof. Dr. Roman Ferstl (Januar 1993) sowie aktuelle Literatur berücksichtigt.

1. Gewaltpräventions-Programme

In diesem Zusammenhang stellt der Landtag jährlich zweckgebundene Mittel zur Verfügung. Durch eine Vielzahl von Projekten und Veranstaltungen wird versucht, auf unterschiedliche Ursachen und Erscheinungsformen von Gewalt einzugehen und Bedingungen sowie den Wunsch nach einem friedlichen Miteinander zu schaffen.

- **Olweus-Projekt**

Ein von Prof. Dan Olweus (Norwegen) entwickeltes Gewaltpräventionsprogramm wurde gemeinsam mit dem Bildungsministerium von 1994 bis 1996 in einem ersten Durchgang an 47 Schulen mit ca. 15.000 Schülerinnen und Schülern und von 1996 bis 1998 in einem zweiten Durchgang an 14 Schulen durchgeführt. 1997 wurden Durchführung und Evaluation des Projekts in einer IPTS-Veröffentlichung („Mobbing: Gewaltprävention in Schulen in Schleswig-Holstein“) dokumentiert. Für interessierte Schulen besteht auch weiterhin die Möglichkeit, das Olweus-Programm anzuwenden.

- **Prävention im Team (PIT)**

Seit 1997 wird das Programm „Prävention im Team (PIT)“ angeboten. Dabei handelt es sich um ein Projekt für kriminalpräventiven Unterricht für die Sekundarstufe I mit den thematischen Bausteinen „Gewalt“, „Diebstahl“ und „Sucht“, das in mehrjähriger Arbeit von einer Arbeitsgruppe des Landesrates für Kriminalitätsverhütung entwickelt und 1996 an 30 Schulen im Kreis Rendsburg-Eckernförde erfolgreich erprobt worden ist. IPTS und Landeskriminalamt führen seitdem jährlich zwei landesweite Fortbildungen für Lehrkräfte und Polizeibeamte durch - inzwischen haben ca. 170 Schulen teilgenommen. Eine Umfrage an den beteiligten Schulen über den dortigen Einsatz befindet sich derzeit in der Auswertung. Gegenwärtig wird an einem modifizierten Programm für die Grundschulen gearbeitet, das Ende 2000 den Schulen vorgestellt und angeboten werden soll.

- **Lions-Quest-Programm**

Das Programm „Erwachsen werden - Persönlichkeitsentfaltung von Jugendlichen“ wurde von „Lions International“ entwickelt und seit 1995 über das IPTS den Lehrkräften angeboten. Es dient in erster Linie der Primärprävention, wird sehr stark nachgefragt und konnte inzwischen in 25 dreitägigen Kursen mit ca. 650 Lehrkräften erfolgreich durchgeführt werden.

- **Streitschlichtung durch Schülerinnen und Schüler**

Aufgrund guter Erfahrungen anderer Bundesländer und einiger Schulen in Schleswig-Holstein, die mit dieser Arbeit begonnen haben, wurde am 23.06.1998 vom IPTS eine Expertentagung in Kiel durchgeführt, auf der vor allem Berliner Erfahrungen ausgewertet und konkrete Überlegungen für eine Ausweitung in Schleswig-Holstein angestellt wurden.

1999 wurden vom IPTS in Zusammenarbeit mit dem Schulpsychologischen Dienst an 36 Schulen ca. 75 Lehrkräfte als Multiplikatoren ausgebildet, die wiederum Schülerinnen und Schüler als Streitschlichter (Konfliktlotsen, Mediatoren ...) ausbilden.

Aufgrund starker Nachfrage durch die Schulen wird diese Maßnahme weiter fortgeführt: Im Jahre 2000 werden weitere 26 Schulen mit 40 Lehrkräften ausgebildet. Eine landesweite Auswertungs-Tagung im März 2000 machte deutlich, dass

Schleswig-Holstein bei diesem Projekt zusammen mit einigen Bundesländern eine Vorreiter-Rolle einnimmt.

2. Interkulturelle Bildung

Im Bereich der Interkulturellen Bildung und Erziehung, die eng mit Fragen der Gewaltprävention verbunden ist, bietet das IPTS den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern, den Schulen, aber auch Eltern umfangreich Beratung und Hilfestellung an. So wurden unter anderem Schulen, die am Projekt „Schulen ohne Rassismus“ teilnahmen, durch die IPTS-Beauftragten für Interkulturelle Erziehung/Deutsch als Zweitsprache intensiv unterstützt, zum Beispiel durch schulinterne Lehrerfortbildung. Im Rahmen der durch diesen Personenkreis angebotenen Fortbildungsveranstaltungen wurden die Unterrichtsmaterialien „Das sind wir“ (1) für die Altersgruppe 10 bis 13 Jahre und „Das sind wir“ (2) für die Altersgruppe 14 bis 17 Jahre eingeführt. Diese Materialien wurden federführend durch das Anne-Frank-Haus, Amsterdam, entwickelt. Sie wenden sich gegen Diskriminierung jeglicher Art, unter anderem gegen Diskriminierungen aufgrund von Aussehen, Hautfarbe, Religion, Sprache, Kultur. Der besondere pädagogische Wert dieser Materialien besteht darin, dass sie über die sonst übliche punktuelle und anlassbezogene Auseinandersetzung mit Diskriminierung (zum Beispiel im Rahmen von Projekttagen o. ä.) hinausweisen. Die genannten Materialien ermöglichen eine nachhaltige Entwicklung interkultureller Kompetenz, indem sie die Anliegen interkultureller Bildung und Erziehung in die fächerübergreifende Arbeitsroutine integrierbar machen.

Die ausgesprochen positiven Erfahrungen mit diesen Materialien haben das IPTS 1996 dazu veranlasst, gemeinsam unter anderem mit dem Anne-Frank-Haus, Amsterdam, und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Bund) unter dem Titel „Das bin ich - Det er mig - Dat sin ech - Dit ben ik“ ein entsprechendes Unterrichtsmaterial für Kinder im Alter von 5 bis 8 Jahren zu entwickeln (s. unten „Unterrichtsmaterialien“).

Ein Landesfachtag zum Thema „Wege zu einem interkulturell geprägten Schulprogramm“ zeigte Möglichkeiten auf, Gewaltprävention und Interkulturelle Bildung im Schulprofil zu verankern.

Da die Fortbildungsveranstaltungen in dem oben genannten Beratungsbereich Gewaltprävention in einem allgemeinen Sinn ansprachen, wird zurzeit eine Fortbildungsveranstaltung konzipiert, die speziell Fragen des unterrichtlichen Umgangs mit

rechtsextremistisch motivierter Gewalt aufgreift. Hier werden unter anderem Fachleute aus dem Verfassungsschutz und aus der Forschung über Aktivitäten der rechtsradikalen Szene informieren. Dazu sollen auch gelungene Aktivitäten aus dem Unterricht und aus Projekten der Schulen vorgestellt werden. Diese Fachtagung wird am 14. November in Rendsburg stattfinden.

3. Unterrichtsmaterialien

- **88 Impulse zur Gewaltprävention**

Die 1995 vom IPTS veröffentlichte Arbeitshilfe „88 Impulse zur Gewaltprävention“ wird weiterhin von Lehrkräften stark nachgefragt und musste erneut aufgelegt werden. Die Gesamtauflage beträgt zurzeit 1.570 Exemplare.

- **Prävention im Team**

Mit Unterstützung des „Weißen Rings“ konnten 1997 die Unterrichtsmaterialien zum Projekt „Prävention im Team (PIT)“ gedruckt werden. Die Nachfrage ist derart groß, dass inzwischen zwei weitere Auflagen vom IPTS nachgedruckt werden mussten. Die Gesamtauflage beträgt zurzeit 2.220 Exemplare.

- **Interkulturelles Unterrichtswerk**

Das IPTS arbeitet seit 1997 federführend neben dem Anne-Frank-Haus, Amsterdam, und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Bund) an einem europäischen Modellprojekt zur Entwicklung eines neuartigen interkulturellen Unterrichtswerkes für vier- bis achtjährige Kinder mit. Das IPTS stellt für dieses Projekt den verantwortlichen Gesamtleiter sowie den Koordinator für die Produktion der audiovisuellen Medien. An diesem Projekt sind Institutionen aus den Niederlanden, aus Dänemark und Luxemburg beteiligt. Die Materialien werden Mitte Februar 2001 auf den Markt kommen. Ziele der Materialien liegen in der Entwicklung interkultureller Kompetenzen für alle Kinder zwischen vier und acht Jahren. Die EU fördert dieses Projekt mit insgesamt rund 200.000 Euro (koordinierende Zuschussempfängerin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt). Außerdem arbeitet das IPTS an der Entwicklung und Verbreitung pädagogischer interkultureller Lehrmaterialien aus dem Anne-Frank-Haus, Amsterdam, mit (s. oben „Interkulturelle Bildung“).

- **Die Pädagogische Konferenz**

Im IPTS-Ordner „Die Pädagogische Konferenz“ - einer fortlaufend ergänzten Sammlung von Diskussionspapieren mit „Anregungen für das Kollegium“ - werden unter anderem Hintergrundinformationen und Vorschläge zur Bearbeitung der folgenden Themen gegeben: „Gewalt in der Schule“, „Streitschlichtung durch Schüler/innen“, „Schüler/innen mit nichtdeutscher Muttersprache“, „Schulen im Internet - Chancen und Gefahren“. In dem letztgenannten Blatt (Juni 1998) heißt es unter der Überschrift „Rassismus“:

„Fremdenfeindliches und rechtes Gedankengut wurde bisher über die Newsgroups öffentlicher Netze (Z-Netze, Usenet, Fido Net) oder auch in spezialisierten Mail-Box-Systemen verbreitet. Das Internet wird von diesen Gruppen einerseits zur Verbreitung rechter Ideologien und andererseits zur verdeckten Kommunikation genutzt.

Für den Deutschunterricht könnte eine Sprachanalyse von als ‘konservative Meinungsäußerungen’ getarnten Botschaften im Internet erfolgen. Für den Wirtschaft/Politik-, Rechtskunde- und Gemeinschaftskundeunterricht könnte die Verletzung des StGB geprüft werden (§§ 86, 86 a, 130, 131).

Man sollte davon ausgehen, dass Jugendliche, die an diesem Thema ein-

schlägig interessiert sind, über ihre entsprechenden peergroups und Eltern wissen, wie sie diese Seiten im Internet finden.

In einer Pädagogischen Konferenz können je nach Einzugsgebiet der Schule Abwehrstrategien entwickelt werden...”

Der Ordner „Die Pädagogische Konferenz“ ist von etwa der Hälfte aller schleswig-holsteinischen Schulen abonniert worden.

- **Unterricht mit ausländischen Schülerinnen und Schülern**

Zu erwähnen ist auch, dass in dem IPTS-Ordner „Unterricht mit ausländischen Schülern in Schleswig-Holstein“ (letzte Ergänzungslieferung: 1997) umfangreiche Informationen zur Situation der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher (vorrangig türkischer) Muttersprache und zu Förderungsmöglichkeiten gegeben werden. Dies gilt besonders für den - auf türkischsprachige Kinder und auf Aussiedlerkinder bezogenen - Abschnitt „Informationen zur sprachlichen, religiösen und kulturellen Situation“. Der Ordner und spätere Ergänzungen sind an alle schleswig-holsteinischen Schulen ausgeliefert worden. Eine aktualisierte Fassung bestimmter Abschnitte des Ordners wird zurzeit erarbeitet.

4. Spezielle Fortbildungsveranstaltungen

Zentrale Veranstaltungen

In den letzten Jahren hat das IPTS im berufsbildenden Bereich unter anderem drei Fortbildungsveranstaltungen zu dem Thema „Gewalt und Rechtsextremismus in der Berufsschule“ (Ausbildungsvorbereitendes Jahr, Jugendliche ohne Auszubildendenverhältnis; insgesamt rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) sowie eine Veranstaltung „Nationalsozialismus: Ärzte im Dritten Reich - die Ideologie der 'Rassenhygiene' und ihre Auswirkungen“ (in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung sowie den Landeszentralen für Politische Bildung Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern; rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schleswig-Holstein) durchgeführt.

Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungen in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern hat das IPTS in den letzten fünf Jahren und im Jahr 2000 pro Kalenderjahr

ständig etwa mit jeweils rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fünf Veranstaltungen durchgeführt, in denen diese Thematik einen wichtigen Schwerpunkt bildete.

7.5 Welche zusätzlichen Projekte gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit wurden oder werden an Schulen durchgeführt?

An allen Schulen des Landes gehört die Kultivierung des gemeinsamen Umgangs im Unterricht zu den Erziehungszielen bzw. zum Schulprogramm. Unterstützt werden diese Bemühungen unter anderem durch die Ergebnisse der Landesfachtagung „Wege zu einem interkulturell geprägten Schulprogramm“, die interessierten Schulen vielfältige Möglichkeiten aufzeigte, ihr Schulprogramm auf diese Thematik auszurichten.

Europaschulen und UNESCO- Projektschulen verfolgen in ihren Schulprogrammen den Gedanken von Toleranz, Frieden und Völkerverständigung in besonderer Weise. Ein herausragendes Projekt für engagiertes Eintreten gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit stellt die Initiative „Schüler helfen Leben“ der Schleswig-Holsteinischen Landesschülervertretung dar. Sie hat durch die Ansprache aller weiterführender Schulen Schleswig-Holsteins in diesen den Blick für das Eintreten für Menschlichkeit und gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit geschärft und stellt ein Vorbild für verantwortliches engagiertes Eintreten von Schülerinnen und Schülern für die Menschenrechte dar.

Schulen nehmen - über rein fachgebundene Projekte hinaus - vielfältige Möglichkeiten wahr, das Thema „Gewalt“ in seinen unterschiedlichen Zielrichtungen und Ursachen langfristig und prozessorientiert anzugehen. Sie werden hierfür vom IPTS fortgebildet, beraten und bedienen sich des vorhandenen Unterrichtsmaterials (s. hier Antwort auf Frage 7.4).

Die Anzahl zusätzlicher Projekte, die sich aus der Umsetzung eigenentwickelter sowie vom IPTS angebotener Programme (s. Antwort auf Frage 7.4) und Projekte ergeben haben, kann im Einzelnen nicht aufgezählt werden. Beispielhaft seien folgende Vorhaben, die in Form von Projekten und Aktionstagen durchgeführt wurden, genannt:

- „das Fremde“,
- „Wir gehen freundlich miteinander um“,
- „Wie sprechen wir miteinander?“,
- „Fremde Kulturen - Fremde Religionen“,
- „Behinderte Menschen“,

- „Mein Freund, der Ausländer“,
- „Ausstellungen von Schülerarbeiten“,
- „Entwicklung von Internet-Seiten und Einstellen der Unterrichts-/Projektergebnisse“,
- „Stadtteil und Schule“.

7.6 Sind die Wirkungen solcher Projekte ausgewertet worden? Wenn ja, welche Ergebnisse hatte die Auswertung?

Die Wirkungen der in 7.3 und 7.5 dargestellten Projekte und Vorhaben der Schulen in Schleswig-Holstein sind nicht wissenschaftlich ausgewertet worden. Die nachfolgenden Aussagen von Schulen und Lehrkräften beziehen sich deshalb konkret auf die in der jeweiligen Schule herrschende Situation und die intendierten Ziele ihrer Veränderung. Sie erheben keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Dennoch sind sie ein wichtiger Indikator für den Erfolg der Bildungs- und Erziehungsarbeit in der jeweiligen Schule und deshalb zwar auf die Einzelschule bezogen, aber doch in ihrer Summe aussagekräftig. Sie beziehen sich jedoch ausschließlich auf das Verhalten innerhalb der Schule und lassen keine Aussagen über die Wirksamkeit ihrer Bemühungen außerhalb des jeweiligen schulischen Umfeldes zu.

Die Beschäftigung mit Gewalt gegen Ausländer und Rechtsextremismus in der Schule erzeugt bei den meisten Schülerinnen und Schülern Betroffenheit und Nachdenklichkeit, deren Nachhaltigkeit jedoch nicht quantifizierbar ist. Schulen äußern, dass die Kombination der unterrichtlichen Beschäftigung und der umgehenden Verfolgung, Aufklärung und Ahndung gewalttätigen Verhaltens dieses dauerhaft verringern kann.

Schulen stellen fest, dass die Zurückhaltung bei der Anwendung von Gewalt gewachsen ist. Sie nehmen eine Sensibilisierung gegenüber ausländischen Schülerinnen und Schülern wahr und stellen Tendenzen zur Akzeptanz von Andersartigkeit und Fremdheit fest. Sie führen aus, dass das Verständnis füreinander gewachsen ist. Einige Schulen nehmen eine Verringerung bzw. keine Zunahme gewalttätigen Verhaltens wahr und begründen das mit gewachsener Einsichtsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Vereinzelt wird auf die Verbesserung der Zivilcourage nicht gewalttätiger Schülerinnen und Schüler und auf den Rückgang von Mitläufertum hingewiesen.

Vielfach wird festgestellt, dass viele Schülerinnen und Schüler zunehmend in der

Lage sind, Probleme zu versachlichen und akzeptable Lösungsstrategien zu entwickeln.

7.7 Auf welche Weise hat sich die Hochschulöffentlichkeit mit rechtsextremen und ausländerfeindlichen Tendenzen auseinandergesetzt?

Medizinische Universität zu Lübeck

Im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in der Lübecker Hafensstraße hatte sich das Konsistorium der MUL in seiner Sitzung am 01.12.1992 mit der Frage der Ausländerfeindlichkeit und Gewalt beschäftigt. Es wurde einstimmig eine Resolution gefasst, die anschließend allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen Studierenden sowie der Presse zur Kenntnis gegeben wurde.

Muthesius-Hochschule

Anfang 1999 beschäftigten sich die Studierenden des Studiengangs Kommunikations-Design der Muthesius-Hochschule mit der Gestaltung eines Kunstobjektes zu einem Mahnmal für die Opfer der Zentrale der Gestapo in der Düppelstraße 23. Ein Beirat wählte die Arbeit einer 25-jährigen Studentin (8. Semester Kommunikations-Design) an der Muthesius-Hochschule aus.

Das Mahnmal wurde am Holocaust-Gedenktag in Anwesenheit des Innenministers, der Stadtpräsidentin und vieler Bürgerinnen und Bürger enthüllt. Der Betrachter sieht einen riesigen Stempel, der über eine Platte mit Namen von NS-Opfern schwebt und über sich die Unterseite des Stempels mit den Worten „Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Kiel, Düppelstraße 23“.

In Planung sind Projekte und Vorschläge, diesen Themenschwerpunkt inhaltlich im Kontext der Stadt Kiel zu bearbeiten.

Gebäudebeispiele: Ehrenmal Laboe

Für das Sommersemester 2001 sind Ideen entwickelt worden, innerhalb eines Projektes unter Beteiligung verschiedener Konzeptkünstler eine inhaltliche Stellungnahme zu erarbeiten.

7.8 In welcher Weise befassen sich die schleswig-holsteinischen Hochschulen in Lehre und Forschung mit Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit?

Die Universitäten des Landes (CAU, MUL, Universität Flensburg) setzen sich in verschiedenen Lehrveranstaltungen, insbesondere in den Fächern der Politikwissenschaft und der Geschichte, intensiv mit Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit auseinander. Diese Themen werden auch im Rahmen von Examensarbeiten und Dissertationen behandelt.

Das der Universität Flensburg wissenschaftlich angegliederte IZRG forscht schwerpunktmäßig auf diesem Gebiet. IZRG und die Universität Flensburg führten im Winterhalbjahr 1994/95 gemeinsam eine Ringvorlesung „Dem Rechtsextremismus begegnen“ durch, die im Band 77 der Gegenwartsfragen von der Landeszentrale für Politische Bildung publiziert wurde. Darüber hinaus wurden seit 1995 mehrere Reihen der „Werkstattberichte aus dem Historischen Seminar“ der Universität Flensburg als öffentliche Vortragsveranstaltungen gemeinsam mit der Volkshochschule Flensburg durchgeführt, in denen immer wieder auch das benannte Themenfeld tangiert wurde.

Die Verwaltungsfachhochschule Altenholz arbeitet in ihrer Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Staatsgewalt ohne Moral - Täter und Opfer unter dem Hakenkreuz“ seit Jahren Themen aus der Zeit des Nationalsozialismus auf.

7.9 Welche restriktiven Maßnahmen und welche Maßnahmen zur Prävention hält die Landesregierung für geboten, um rechtsextreme Organisationen und Tendenzen abzuwehren?

Die bestehende Rechtslage bietet aus strafrechtlicher Sicht ausreichende Mittel, effektiv gegen einzelne Täter oder auch Tätergruppen vorzugehen. Eine weitere Verschärfung der Normen ist nicht erforderlich. Zudem bietet das Jugendgerichtsgesetz vielfältige Möglichkeiten, auf jugendliche oder heranwachsende Täter von rechtsextremen oder ausländerfeindlichen Straftaten über erzieherische Maßnahmen Einfluss zu nehmen und so weitere Taten zu vermeiden.

Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe kommen insbesondere Maßnahmen der Prävention von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zum Tragen. Hier seien genannt:

- Politische Bildung in Schule und auch außerschulisch durch Angebote der Jugendhilfe.
- Bewusste Erziehung zur Demokratie; die Demokratiekampagne wirkt dadurch, dass Jugendliche ernst genommen werden, dass sie beteiligt werden und dass man ihnen Verantwortung gibt für ihr Handeln.
- Präventive Aufklärung in Öffentlichkeit sowie insbesondere in Schule und Jugendhilfe über Menschen, die zum Opfer-Umfeld von fremdenfeindlichen und gewaltbereiten Menschen gehören wie Obdachlose, Homosexuelle, Behinderte, Prostituierte. Gefordert sind also Maßnahmen, die Toleranz vermitteln und gegen jegliche Form der Diskriminierung wirken.

Die Polizeidirektionen des Landes Schleswig-Holstein aktualisieren gemeinsam mit dem Landeskriminalamt bestehende Konzeptionen, mit denen sowohl präventiv als auch repressiv angemessen reagiert werden kann. So befassen sich die „Ermittlungsgruppen Jugend“ bei einigen Kriminalpolizeistellen auch mit der Bekämpfung rechter Jugendgewalt.

Von besonderer Bedeutung ist eine intensive anlassbezogene Beobachtung und Aufklärung der rechten Szene und die konsequente Strafverfolgung. Hierzu findet zurzeit eine sehr enge Abstimmung zwischen den Staatsanwaltschaften und den Fachdienststellen statt.

Ergänzt wird dieses Konzept durch die rechtzeitige polizeiliche Präsenz an Brennpunkten.

Auch für die Polizei ist die Prävention ein Schwerpunkt von besonderer Bedeutung. So prüfen zurzeit die kommunalen kriminalpräventiven Räte in Schleswig-Holstein auf Betreiben des Innenministeriums die Einrichtung von Arbeitsgruppen zum Thema „Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus“, um die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für dieses Thema zum Ausdruck zu bringen und Präventionsmaßnahmen anzugehen.

Der Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein wird einen Schwerpunkt in der kriminalpräventiven Arbeit im Herbst 2000 auf das Thema „Bekämpfung von

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ legen. Dazu sind folgende Arbeitsvorhaben geplant:

- Erstellung einer Info-Broschüre für Eltern, deren Kinder in die rechtsradikale Szene abzurutschen drohen,
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe Rechtsextremismus,
- Tagung zum Thema „Rechtsextremismus“ in Kooperation mit den Landespräventionsräten Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

7.10 Wie ist die Position der Landesregierung in Bezug auf das Verbot rechtsextremer Organisationen und Parteien?

Sofern die rechtlichen Voraussetzungen für Verbote von rechtsextremistischen Organisationen in Schleswig-Holstein vorliegen, wird die Landesregierung diese aussprechen.

Vereinsverbote können auf der Grundlage des Vereinsgesetzes (VG), das zur Ausführung des Artikel 9 Grundgesetz (Vereinigungs-, Koalitionsfreiheit) erlassen ist, ausgesprochen werden. Ein Verein im Sinne des VG ist ohne Rücksicht auf die Rechtsform jede Vereinigung, zu der sich eine Mehrzahl natürlicher oder juristischer Personen für längere Zeit zu einem gemeinsamen Zweck freiwillig zusammengeschlossen und einer organisierten Willensbildung unterworfen hat.

Ein Vereinsverbot ist auszusprechen, wenn festgestellt wurde, dass der Zweck oder die Tätigkeit des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft oder der Verein sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.

Zuständige Verbotsbehörde ist das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, wenn sich die Organisation und Tätigkeit auf das Land beschränken. Bei über die Landesgrenzen hinaus tätigen Vereinen ist das Bundesministerium des Innern zuständig.

Bei der Prüfung, ob Vereinsverbote gegen rechtsextremistische Organisationen ausgesprochen werden können, hat sich in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, dass die Zuordnung zu dem Vereinsbegriff häufig schon problematisch ist. Die rechtsextremistischen Gruppierungen haben sich zu so genannten rechten Kameradschaften

zusammengeschlossen und sind bedacht, jegliche Organisationsstruktur zu vermeiden. Wenngleich der Vereinsbegriff sehr weit gefasst ist, fehlen bisher jedoch im Einzelfall ausreichende Erkenntnisse, die eine Vereinsstruktur und damit einen Ansatzpunkt für ein Verbot erkennen lassen.

Für ein Vereinsverbot genügt im übrigen nicht, dass die Mitglieder des Vereins Straftaten begehen, sondern ihr strafbares Verhalten muss dem Verein als Organisation zugerechnet werden können. Ein Agieren gegen die verfassungsmäßige Ordnung setzt zusätzlich voraus, dass die verfassungsfeindlichen Ziele kämpferisch-aggressiv verwirklicht werden sollen. Die Zielsetzung der Vereinigungen oder deren „Betätigungen in der Praxis“ sind maßgebend.

Die rechtlichen Voraussetzungen, die an ein Vereinsverbot als „ultima ratio“ gestellt werden, sind erheblich. Daher ist eine zweifelsfreie Beweislage erforderlich, um ein derartiges Verbot durchzusetzen.

Bei den bekannten Vereinsverboten anderer Bundesländer war die Situation dahingehend anders, dass es sich in der Regel um eingetragene Vereine mit einer Vereinssatzung handelte und hinreichendes rechtsextremistisches Beweismaterial (zum Beispiel Flugblätter, Veröffentlichungen, Abzeichen, gewalttätige Aktionen) vorhanden war. Bei der Prüfung von Verboten so genannter rechter Kameradschaften stehen auch die anderen Bundesländer vor den gleichen Schwierigkeiten.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.

Über die Verfassungswidrigkeit von Parteien entscheidet das Bundesverfassungsgericht auf Antrag des Bundestages, Bundesrates oder der Bundesregierung. Eine Landesregierung kann einen Antrag nur stellen, wenn sich die Partei auf das jeweilige Land beschränkt. Das Bundesverfassungsgericht hat bisher zwei Parteienverbote erlassen: 1952 die rechtsextremistische SRP und 1956 die linksextremistische KPD.

Die Landesregierung tritt dafür ein, ein Verbotsverfahren gegen die rechtsextremistische NPD einzuleiten, wenn ausreichende Verbotstatbestände vorliegen. Die Toleranz gegenüber Kritikern der freiheitlichen Demokratie besteht nur, solange Straf-

rechtsnormen eingehalten werden. Wird diese Toleranzgrenze überschritten, ist mit den gebotenen rechtsstaatlichen Mitteln vorzugehen. Die Landesregierung wird eine Stellungnahme abgeben, wenn das Ergebnis der Arbeitsgruppe abschließend vorliegt.

7.11 In welcher Form arbeitet die Landesregierung mit den benachbarten Bundesländern und den Nachbarstaaten bei der Abwehr des Rechtsextremismus zusammen? Gibt es eine europaweite Beobachtung der rechtsextremen Szene? Welche Nicht-Regierungs-Organisationen haben gemeinsame Aktionen gegen den Rechtsextremismus vereinbart? Gibt es eine gemeinsame Initiative der EU gegen Rechtsextremismus?

Im Bereich der Staatsanwaltschaft Flensburg werden in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei im Rahmen von Ermittlungsverfahren mit rechtsextremistischem fremdenfeindlichem Hintergrund Ersuchen auch an die dänische Kriminalpolizei gerichtet, zum Beispiel mit dem Ziel der Personalien- oder Adressenfeststellung.

Darüber hinaus findet ein länderübergreifender Erfahrungs- und Meinungsaustausch auf der Ebene der Generalstaatsanwälte statt, sei es bei regelmäßigen gemeinsamen Tagungen, sei es durch Rundschreiben in Anfragen zu aktuellen Einzelfragen.

Dem nationalen Phänomen des Rechtsextremismus wird mit einem ständigen Informationsaustausch mit den anderen Landeskriminalämtern im Bundesgebiet und dem Bundeskriminalamt begegnet. Die Kooperation erfolgt sowohl bei Einzelfallermittlungen als auch in Grundsatzfragen. Die „Heiß-Aktions-Wochen“ haben die Landespolizeien zu länderübergreifenden Einsatzplanungen veranlasst. Diese länderübergreifende Zusammenarbeit wird vom Lagezentrum grundsätzlich bei angekündigten Treffen oder Demonstrationen der rechten Szene intensiv gehandhabt. Die internationale Zusammenarbeit erfolgt über das Bundeskriminalamt.

In Angelegenheiten des Verfassungsschutzes sind der Bund und die Länder gesetzlich verpflichtet, zusammenzuarbeiten. Insofern gibt es auch bei der Beobachtung des Rechtsextremismus, die Voraussetzung für eine Bekämpfung ist, eine intensive Zusammenarbeit insbesondere mit den benachbarten Verfassungsschutzbehörden (s. auch Antwort der Bundesregierung „Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus“, insbesondere S. 10 ff.). Die Zusammenarbeit mit ausländischen Sicherheitsbehörden erfolgt in der Zuständigkeit des Bundes.

Im Bereich des Jugendschutzes wird zunächst auf die Antwort zu Frage 3.5 „jugendschutz.net“ verwiesen.

Daneben wird diese Thematik in entsprechenden Bund-Länder-Gremien (Landesjugendämter, Jugendministerien) regelmäßig behandelt und man tauscht sich über Erkenntnisse und Maßnahmen aus. Weiterhin existiert bundesweit ein Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit (IDA e. V.) seit 1990, das von den bundesweit agierenden Jugendverbänden getragen wird.

Die Sicherheitsbehörden anderer europäischer Staaten sind im Rahmen ihrer gesetzlichen Vorgaben auch mit der Beobachtung des Rechtsextremismus betraut. Die aufgrund VO (EG) Nr. 1035/97 des Rates vom 02.06.1997 eingerichtete Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EBRF) ist am 07.04.2000 in Wien durch die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Nicole Fontaine, und den Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Romano Prodi, als neue unabhängige EU-Institution eröffnet worden.

Die Beobachtungsstelle hat ihren Sitz in Wien, gliedert sich in drei Abteilungen, hat 25 Beschäftigte und wird jährlich mit einem Betrag von 6 bis 7 Mio Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert. Direktorin der Einrichtung ist die Deutsche Beate Winkler.

Die Aufgaben der EBRF bestehen vor allem darin:

- der Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten, insbesondere in den in Artikel 3 Absatz 3 der o. a. VO (EG) aufgeführten Bereichen, objektive, zuverlässige und vergleichbare Informationen über rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Phänomene auf europäischer Ebene bereitzustellen,
- Ausmaß und Entwicklung der Phänomene und Erscheinungsformen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu untersuchen, ihre Ursachen, Folgen und Auswirkungen zu analysieren und Beispiele bewährter Praktiken, die Abhilfe schaffen sollen, bekannt zu machen,
- zu diesem Zweck mittels des RAXEN-Informationsnetzwerkes entsprechende Informationen und Daten, einschließlich wissenschaftlicher Forschungsergebnisse,

zu sammeln, zu speichern und zu analysieren und diese den Mitgliedsstaaten zugänglich zu machen,

- einen Jahresbericht über den Stand von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gemeinschaft zu veröffentlichen, worin auch auf Beispiele bewährter Praktiken und auf die eigene Tätigkeit der EBRF hingewiesen werden soll,
- regelmäßige Veranstaltungen von Rundtisch-Gesprächen oder Treffen anderer bereits in den Mitgliedsstaaten auf dauerhafter Basis bestehender beratender Gremien unter Beteiligung der Sozialpartner, der Forschungszentren und der Vertreter der zuständigen Behörden sowie anderer Personen oder Stellen, die sich mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit befassen, zu erleichtern und zu fördern und die Ergebnisse der nationalen Rundtisch-Gespräche oder anderer bereits dauerhaft bestehender beratender Gremien in ihrem Jahresbericht über den Stand von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gemeinschaft zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund lag es in Deutschland nahe, auf das in der Folge des „Europäischen Jahres gegen Rassismus“ (1997) gebildete „Forum gegen Rassismus (FgR)“ als bereits bestehendes (repräsentatives) Gremium, das sich als ein Forum des Erfahrungsaustauschs und des Dialogs der Vertreter von staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen über alle Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betreffenden Fragen von staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen versteht, zurückzugreifen. Das FgR hat jedoch keine unmittelbar beratende Funktion. Dem FgR gehören 65 Vertreter staatlicher Einrichtungen und überregional und bundesweit tätiger Nichtregierungsorganisationen an.

Die europäischen Institutionen haben große Anstrengungen unternommen, um die europäische Öffentlichkeit auf den wachsenden Rassismus und die zunehmende Fremdenfeindlichkeit in der Union aufmerksam zu machen. Zu diesen Maßnahmen gehört das „Europäische Jahr gegen Rassismus“ 1997. Dieses Jahr wurde in den Mitgliedsstaaten von nationalen Koordinierungsausschüssen umgesetzt. Für die vier prioritären Themenbereiche des Jahres, Rassismus im Alltag, Rassismus im Berufsleben, Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie Gesetzgebung, wurden 176 Einzelprojekte in den Mitgliedsstaaten durch die EU finanziell gefördert. Konkrete Ergebnisse dieses Jahres liegen vor allem in der Aufnahme einer allgemeinen Anti-

Diskriminierungsklausel (neuer Artikel 13) in den EU-Vertrag (Europäischer Rat von Amsterdam) und der Errichtung einer „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ in Wien.

Anlässlich der Europäischen Konferenz „Bekämpfung des Rassismus auf europäischer Ebene“ am 24./25. 02.2000 in Brüssel wurden folgende andauernde Themen bezüglich gemeinsamer Initiativen angesprochen:

- Folgemaßnahmen zum Aktionsplan gegen Rassismus von 1998 (KOM (1998) 183 vom 25.03.1998), insbesondere die Einbindung der Rassismusbekämpfung in die Gemeinschaftspolitiken und -programme (Mainstreaming-Ansatz),
- gesetzliche Initiativen zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund der Rasse und ethnischen Herkunft sowie
- die Vorschläge der Kommission vom November 1999 auf Grundlage von Art. 13 („Antidiskriminierungspaket“), bestehend aus den Richtlinienentwürfen zur Gleichbehandlung in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und zur Gleichbehandlung ungeachtet der Rasse und ethnischen Herkunft, sowie der Beschluss des Rates „Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierung 2001 bis 2006“ (Finanzausstattung: 100 Mio Euro).

7.12 Welche Strategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit sieht die Landesregierung als besonders erfolgreich, welche als gescheitert an?

Erfolg oder Misserfolg von Strategien zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus lassen sich in der Praxis kaum messen. Erfahrungen aus der praktischen Arbeit können aber Hinweise darauf geben, ob bestimmte strategische Ansatzpunkte erfolgversprechend sein können und ausgebaut werden sollten. Drei Arbeitsfelder haben sich dabei als wesentlich herausgestellt:

- die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, damit extremistische Gewalt nicht als erfolgreich erfahren werden kann;
- die Präventionsarbeit, die langfristig rechtsextremistische Tendenzen verdrängen und demokratische Verhaltensweisen und Überzeugungen stärken soll;

- die Sichtbarmachung eines demokratischen, solidarischen und weltoffenen Grundkonsenses der großen Mehrheit der Gesellschaft, der rechtsextremen Kräften die Grenzen ihres Einflusses aufzeigt, sie zugleich aber auch in ihrer aktuellen Bedeutung nicht überhöht.

In diese drei Strategiefelder ordnen sich die im Einzelnen aufgeführten Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ein. Dabei ist fortlaufend zu prüfen, ob im Hinblick auf die genannten Ziele einzelne Maßnahmen neu ausgerichtet werden müssen:

Im Bereich der "Strafjustiz" werden mehrere Projekte zur Verbesserung der Koordination zwischen den einzelnen Ressorts gefördert bzw. mitbegleitet.

Über die Einrichtung so genannter runder Tische zum Thema fremdenfeindliche Straftaten wird unter Beteiligung der Sonderdezernenten der Staatsanwaltschaft, Vertreter der Polizei, der Jugendämter sowie der zuständigen Richter auf eine schnelle und effektive Bereinigung von Brennpunkten hingearbeitet.

Über eine mit fachkompetenten Personen aus der Praxis besetzte Arbeitsgruppe wird der kriminalpräventive Rat als Multiplikator für Bildung und Öffentlichkeitsarbeit ein Konzept zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus erarbeiten.

Das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie wird zusammen mit dem schleswig-holsteinischen Richterverband zur Intensivierung der rechtspolitischen Debatte durch Fortbildung von Staatsanwälten und Richtern gemeinsame Veranstaltungen durchführen.

Um effektiver und pointierter auf einschlägige Straftaten durch Jugendliche und Heranwachsende reagieren zu können, wird das "vorrangige" Jugendverfahren weiter ausgebaut.

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft zur engeren Verzahnung der Ermittlungsarbeiten wird in den bezirksübergreifenden Treffen der Sonder-

dezernenten der Staatsanwaltschaft mit den jeweiligen Fachkommissariaten weiter intensiviert.

Im Rahmen der Aktion "Gesicht zeigen" werden unter Beteiligung des MJF Aktionen unterstützt und mitbegleitet, die es den Bürgern ermöglichen, ggf. auch anonym einschlägige Vorfälle den Ermittlungsbehörden zur Kenntnis zu geben oder sich beraten zu lassen.

Die Strategie der Landespolizei und die damit verbundene Bündelung von gefahrenabwehrenden, strafverfolgenden und präventiven Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus hat sich bewährt. Die anlassbezogene flexible Vorgehensweise, verbunden mit einem engen Zusammenwirken mit der Justiz, ermöglicht auch zukünftig eine jederzeit angemessene Reaktion auf rechtsextreme Verhaltensweisen.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur sieht seine Strategie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit insgesamt als erfolgreich an und wird dort, wo noch Handlungsbedarf besteht, beratend und unterstützend tätig werden. Hierzu gehört auch der Brief der Bildungsministerin an die Schulen im September 2000, in dem sie den Lehrkräften Unterstützung für ihre unterrichtliche Arbeit zu den Themen „Rechtsextremismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ zusichert, ihnen für die bisher geleistete Arbeit dankt und dazu aufruft, gemeinsam zu verhindern, dass an unseren demokratischen Schulen Rechtsextremisten Einfluss gewinnen können und alle Versuche einer Entdemokratisierung aktiv zurückzuweisen.

Aufgrund der aktuellen Ereignisse wird das IPTS auf Initiative der Bildungsministerin im November eine Fachtagung zum Thema „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ veranstalten. Ein Themenheft „Friedenserziehung in den Lehrplänen - Anregungen für Schule und Unterricht“ - erarbeitet im MBWFK - wird im Oktober 2000 den Schulen zur Verfügung stehen.

Die Strategie, in der Schule, in Unterricht und Erziehung, die notwendigen Grundlagen für Demokratie, Menschenwürde und Achtung vor Andersartigkeit zu legen und sich aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt, Gewalt gegen Ausländer, Rassenhass und Ausgrenzung zu wehren, hat sich in der Reaktion auf aktuelle Ereignisse be-

währt, und zwar auf der Grundlage eines Gesamtkonzepts, dessen Komponenten aus folgenden Elementen bestehen:

- Revision der Lehrpläne, die voraussichtlich zum Sommer 2002 abgeschlossen sein wird,
- Fortbildung von Lehrkräften und Erstellung umfangreichen Materials zu unterrichtlichen Behandlung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,
- Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen und die Verpflichtung zur Aufstellung eines Schulprogramms,
- Einrichtung gemeinwesenorientierter Projekte durch Schulaufsicht im Sinne auch präventiver Arbeit, in Zusammenarbeit mit Jugendämtern und Kommunen
- die Stärkung der Hauptschule und Förderung der Berufswahlreife (im Rahmen der Qualitätsoffensive der Landesregierung).

Erfolgversprechend sind alle Vorhaben und Projekte, die aufbauen auf gemeinsamem Handeln, auf Kommunikation und auf dem ehrlichen Bemühen gegenseitigen Verständnisses. Erfolgreich sind sie deshalb, weil sie geprägt sind von demokratischen Grundstrukturen und weil sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihrer Persönlichkeit stärken. Die aktive und kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gelingt umso eher, je kritischer und selbstbewusster Kinder und Jugendliche sich diesem Thema stellen. Kritikfähigkeit und Selbstbewusstsein aber werden dort gefördert, wo Wissen verbunden wird mit sozialer Handlungskompetenz. Lehrpläne, Unterrichtsmaterialien, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Schulprogramme und die Stärkung der Verantwortung von Schulen und die Zusammenarbeit von Schulen mit regionalen Institutionen bieten hierfür die Grundlagen.

Die Stärkung der Hauptschulen und Verbesserung der Berufswahlfähigkeit ist ein wichtige Voraussetzung zur Verbesserung der Lebensperspektiven der Schülerinnen und Schüler. Forschungsergebnisse und konkrete Erfahrungen zeigen, dass Unsicherheit und fehlende Perspektiven mit der einhergehenden beruflichen und sozialen Ausgrenzung die Anfälligkeit für rechtsextremistische und ausländerfeindliche Parolen begünstigen.

Literaturhinweise:

Antwort „Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus“:
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der PDS
„Programme zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus in Europa, in der Bundesrepublik Deutschland und in den Bundesländern“ vom 12.05.2000, BT-Drs. 14/3349

Antwort „Rechtsextremismus in SH“:
Antwort der Landesregierung Schleswig-Holstein auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 1945 - 1990“ vom 06.12.1989, Drs. 12/608

Backes/Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 1996

Bericht „Rechtsextremismus und Gewalt“:
Bericht der Landesregierung Schleswig-Holstein zu dem Antrag der Fraktion der SPD „Rechtsextremismus und Gewalt in Schleswig-Holstein: Fakten, Ursachen und Gegenmaßnahmen“ vom 30.09.1994, Drs. 13/2197 (mit zahlreichen Literaturhinweisen S. 55 ff.)

Falter, Jürgen W.: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994

Heitmeyer, Wilhelm: Gehen der Politik die gewaltlosen Mittel aus?, in: Otto/Merten (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, 1993

Leggewie, Claus: Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus, in: Otto/Merten (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, 1993

Pfahl-Traughber, Armin: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: Beilage zu „Das Parlament“ vom 22.09.2000

Pfeiffer: Jugendgewalt in europäischen Ländern, DRiZ, 8/1998

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. Aufl. 1999

Willems, Helmut: Trierer Studie zur fremdenfeindlichen Gewalt, 1993

Auszug aus dem Publikationsverzeichnis der Landeszentrale für Politische Bildung:

Backes, Uwe und Jesse, Eckhard
Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland
Band 272 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung
Bonn 1996, völlig überarb. Neuausgabe, 608 S.

Bade, Klaus J.
Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland
Bonn 1994 (Bundeszentrale für politische Bildung) 3., neubearbeitete Auflage, 224 S.

Baensch, Torsten
Jugendlichen Raum lassen?
Maßnahmen und Projekte gegen national-autoritäre Orientierungen und rechtsextremistische Tendenzen
Hamburg 1992 (Landeszentrale für politische Bildung), 174 S.

Beauftragter der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.)
Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland
Bonn 1997, 212 S.

Benz, Wolfgang und Bergmann, Werner (Hrsg.)
Vorurteil und Völkermord
Entwicklungslinien des Antisemitismus vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts
Bonn und Freiburg im Breisgau 1998, 448 S.

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.)
Medien und Gewalt
Reihe: Texte zur Inneren Sicherheit
Bonn 1996, 268 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)
Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland
Mit einem Planspiel „Asylbewerber in Dornberg“
Reihe: Arbeitshilfen für die politische Bildung
Redaktion: Georg Fichtner
Bonn 1993, 100 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)
Wochenzeitung „Das Parlament“
Nr. 12/2000
Ausländer in Europa
Berlin 2000, 20 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)
Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
Nr. 44 - 45/1996
Mit Beiträgen zu Flucht, Vertreibung, Migration und Integration
Bonn 1996, 48 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)
Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
Nr. 26/1999
Mit Beiträgen zu Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland
Bonn 1999, 40 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)
Wochenzeitung „Das Parlament“
Nr. 34 - 35/1998
Thema: Enquête-Kommission „Sog. Sekten und Psychogruppen“
Bonn 1998, 16 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)
Interkulturelles Lernen
Reihe: Arbeitshilfe für die politische Bildung
Redaktion: Ulrich Dovermann
Bonn 1998, 384 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)
PZ – Wir in Europa
Nr. 83/1995
Thema: Die Türken
Bonn 1995, 40 S.

Der Bundesminister des Inneren (Hrsg.)
Verfassungsschutzbericht
Bonn, jeweils neueste Auflage

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.)
Verfassungsschutzbericht
Kiel, jeweils neueste Auflage

- Dichanz, Horst, Hauer, Nadine et al. (Hrsg.)
Antisemitismus in den Medien
Reihe: Arbeitshilfen für die politische Bildung
Bonn 1998 (Bundeszentrale für politische Bildung), 90 S.
- Funiok, Rüdiger et al. (Hrsg.)
Medienethik – die Frage der Verantwortung
Mit einem Quellenanhang, u. a. der Enquête-Kommission „Zukunft der Medien“ des Deutschen Bundestages
Bonn 1998 (Bundeszentrale für politische Bildung), 368 S.
- Jesse, Eckhard (Hrsg.)
Politischer Extremismus in Deutschland und Europa
Mit Beiträgen von Imanuel Geiss, Patrick Moreau et al.
München 1993 (Bayrische Landeszentrale für politische Bildung), 152 S.
- Kahane, Anetta und Torossi, Eleni
Begegnungen, die Hoffnung machen
Grenzen gegenüber Ausländern überwinden - Ideen und Initiativen
Bonn 1993 (Bundeszentrale für politische Bildung), 224 S.
- Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hrsg.)
Der Kurdenkonflikt
Ursachen und Lösungswege
In Zusammenarbeit mit dem Institut für türkisch-europäische Beziehungen, Hamburg
deutsch-türkischsprachige Ausgabe
Hamburg 1996, 3. Auflage, 32 S.
- Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein (Hrsg.)
Schriftenreihe „Gegenwartsfragen“, Nr. 77
Dem Rechtsextremismus begegnen
Mit Beiträgen von Peter Wulf, Detlef Korte, Uwe Danker et al.
Kiel 1995, 126 S.
- Leggewie, Claus und Senocak, Zafer
Deutsche Türken - Türk Almanlar
Das Ende der Geduld - Sabrin sonu
Zweisprachig – iki dilde metin
Reinbek 1993, 256 S.
- Obszerninks, Britta und Schmidt, Matthias
DVU im Aufwärtstrend - Gefahr für die Demokratie?
Fakten - Analysen - Gegenstrategien
Münster 1998, 144 S.
- Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)
Deutschland den Deutschen?
Deutschland in der Völkergemeinschaft - Ausländer in Deutschland - Die Situation in den neuen Bundesländern
Meißen 1993, 106 S.
- Schmalz-Jacobsen, Cornelia et al.
Kleines Lexikon der ethnischen Minderheiten in Deutschland
Gesamtbearbeitung: Rita Polm
München 1997, 256 S.
- Schwagerl, H. Joachim
Rechtsextremes Denken
Merkmale und Methoden
Frankfurt am Main 1993, 256 S.

Sen, Faruk
Türkei
4., neubearb. und erweiterte Auflage
Reihe: Beck'sche Aktuelle Länderkunden
München 1996, 216 S.

Verlagsinitiative gegen Gewalt und Fremdenhass (Hrsg.)
Schweigen ist Schuld
Ein Lesebuch
Mit Beiträgen von Inge Deutschkron, Ernst Kahl, Amos Oz et al.
Frankfurt am Main 1993, 384 S.

Weidinger, Dorothea
Nation, Nationalismus, nationale Identität
Quellentexte und Kommentare vom 18. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts
Reihe: „Kontrovers“ der Bundeszentrale für politische Bildung
Bonn 1998, 128 S.

Anlage 1

Rechtsextremistische Straftaten in Schleswig-Holstein
- Altersstruktur der Tatverdächtigen -

Straftaten der Gruppe II (§§ 84 - 86 a, 88 - 91 StGB)	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
männlich unter 18 Jahre	19	29	16	72	55	45	34	40	80	83
weiblich unter 18 Jahre	3	1	4	7	5	7	3	2	4	4
männlich über 18 Jahre	53	45	39	158	136	105	131	167	157	171
weiblich über 18 Jahre	3	---	3	2	2	6	6	3	6	2
Gesamtzahl	78	75	62	239	198	163	174	212	247	260

Straftaten der Gruppe XI (sonstige Straftaten)	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
männlich unter 18 Jahre	14	4	11	16	17	7	---	---	3	4
weiblich unter 18 Jahre	5	---	3	3	---	---	---	---	---	3
männlich über 18 Jahre	2	11	26	50	46	6	5	---	15	19
weiblich über 18 Jahre	2	2	2	3	1	2	1	---	---	1
Gesamtzahl	23	17	42	72	64	15	6	---	18	27

¹ Angaben über die Berufsstruktur liegen nicht vor.

Anlage 2

Fremdenfeindliche Straftaten in Schleswig-Holstein
- Alters- und Berufsstruktur der Tatverdächtigen -

Legende	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Straftaten gesamt /aufgeklärt	290/89	369/93	210/81	128/62	156/69	178/72	130/73	102/46
Tatverdächtige gesamt	196	167	152	91	128	153	139	75
männlich (m)/weiblich (w)	190/6	151/16	138/14	77/14	114/14	147/6	133/6	68/7
Altersstruktur								
bis 13 Jahre - m/w	0/0	2/0	2/0	0/0	3/0	2/0	8/0	0/0
14 bis 17 Jahre - m/w	53/1	33/4	33/5	10/5	35/3	26/1	21/1	7/1
18 bis 20 Jahre - m/w	64/5	44/3	50/2	10/4	25/3	36/4	36/2	25/2
21 bis 24 Jahre - m/w	39/0	28/1	25/1	15/2	22/2	36/0	27/1	13/1
25 bis 29 Jahre - m/w	23/0	12/4	9/0	14/0	10/2	21/1	12/1	10/1
30 und darüber - m/w	11/0	32/4	19/6	28/1	19/4	26/0	27/1	13/2
unbekannt - m/w	0/0	0/0	0/0	0/2	0/0	0/0	2/0	0/0
Ausbildung/Berufe								
Schüler	37	25	13	8	8	13	13	3
Lehrlinge/Azubi	53	18	12	0	0	0	2	3
Facharbeiter	32	21	9	4	3	6	4	0
Angestellte	3	2	0	4	0	0	0	0
Wehrpflichtige/Soldaten	17	1	2	2	0	4	1	3
Arbeitslose	11	11	4	3	3	7	5	2
Sonstige	0	10	4	1	8	2	0	3
unbekannt	43	79	108	69	106	121	114	60